ZAG

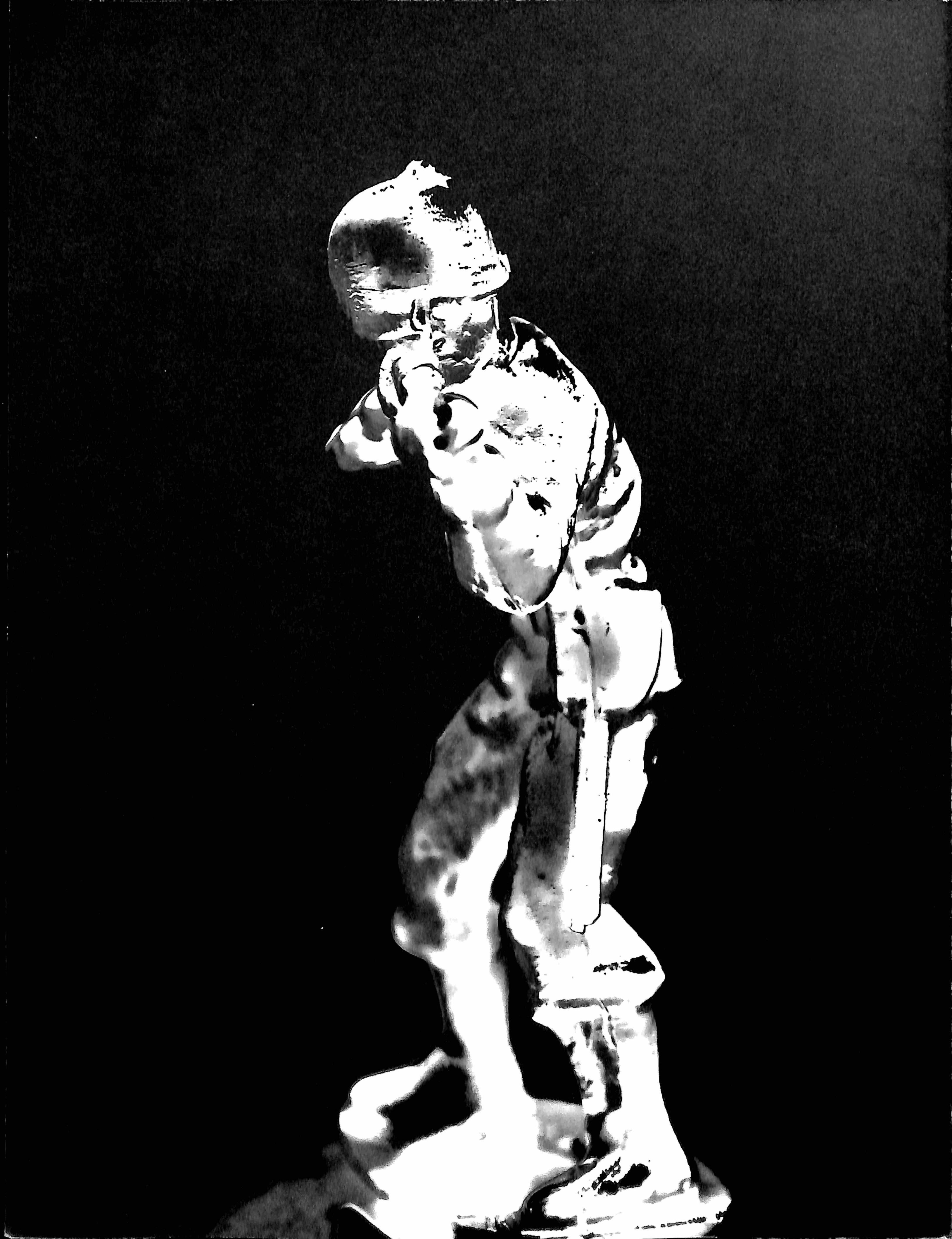
EUR 5,00

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 57 HERBST 2010

KRIEG! IM WESTEN NICHTS NEUES?





INHALT

EDITORIAL 01

»Der Islam« gehört zu »Deutschland«?_ZAG 01

AKTUELL 03

Sarkozys "Krieg" gegen das Nichtfranzösische, und besonders gegen Roma_Bernard Schmid 03

Alle reden über Hartz-IV — Für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes_Jana Krtek 05

UPDATE 06

Genormtes Deutschsein? — Weiß-Sein und antimuslimischer Rassismus_Ilka Eickhof 06

Leipzig braucht eine Debatte über Rassismus _Forum für kritische Rechtsextremismusforschung 09

SCHWERPUNKT 12

Schwerpunkt Einleitung: Krieg!_ZAG 12

Zum Produktionszusammenhang von Krieg und Souveränität in der deutschen Außenpolitik_Marcus Hawel 14

Sexismus und Rassismus in Kriegen und Konflikten_Talke Flörcken 17

Über die Militarisierung der Entwicklungshilfe_Jürgen Wagner 20

Die Bundeswehr im Kampf … um Personal und Akzeptanz für Kriegseinsätze_Martin Singe 22

»Die Schule der Nation ist die Schule« _Kölner Initative Schule ohne Bundeswehr 26

Freie Universität Berlin forscht in Afghanistan für das Bundesverteidigungsministerium_Ralf Hutter 27

DEBATTE 30

Antirassismus in der Krise?_ZAG 30

REZENSION 32

Ein politischer Roman über Rassismus, Critical Whiteness und Kommunikationsguerilla_Bahar Meyer & Jan Watzijk 32

KURZ VORGESTELLT 33

Alter ist kein Verdienst_Jana Krtek 33

ANZEIGEN 34

IMPRESSUM/BACKLIST U3



EDITORIAL

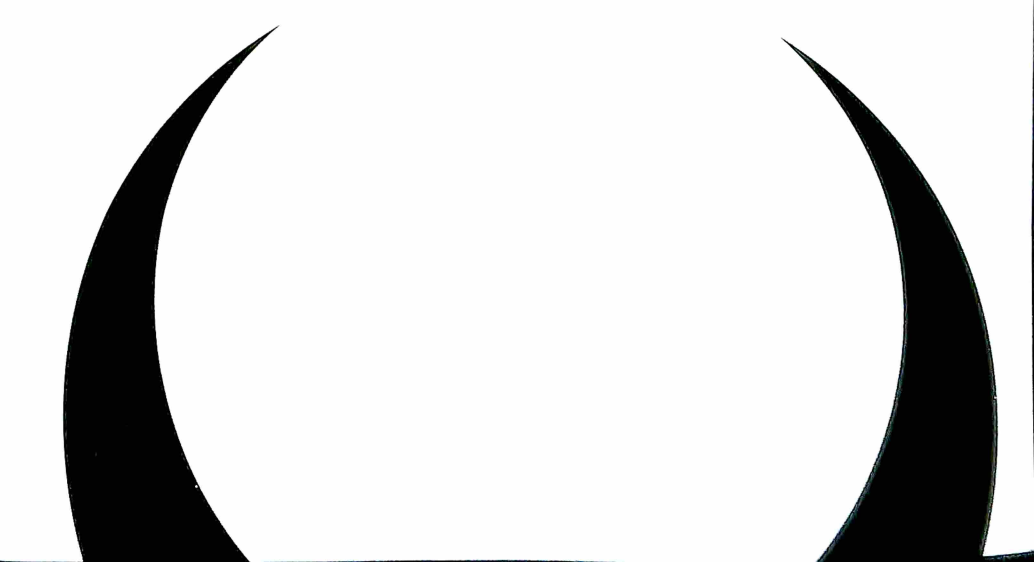


»Der Islam« gehört zu »Deutschland«?

Die Türken vor Berlin? Nein, im Olympiastadion! Begrüßt von einer imaginierten Vorhut aus drei Generationen von... ja was? Türken? Deutsch-Türken? Deutschen mit Migrationshintergrund? Deutschen? Man weiß es nicht! Aber viele reden schnell viel vom »Auswärtsspiel!« (Ohhh!) im Olympiastadion in Berlin, der Bundeshauptstadt, der ehemaligen R.... Wenn das der...nein, nein, nein Quatsch! Sowas! Obgleich gar nicht so klar ist, wie viele türkische Fans es denn nun wirklich in so großer Überzahl gewesen sein sollen. Aber es ist eh alles anders: Deutsche mit Migrationshintergrund in fünfter Generation aus Polen umarmen Deutsche mit Migrationshintergrund in dritter Generation aus der Türkei und werden von einem Deutschen mit Migrationshintergrund in zehnter Generation aus Frankreich gefilmt... Ach ja, Mensch, was ist eigentlich noch D... dann aber – über alle Zweifel erhaben – das Endergebnis. Ein ganz klarer Sieg! Verdient! Die Türken, formerly kown as the ottomans, sind on the bottom! Das Endergebnis von 3:0 zeigt zwar nicht ganz die Qualitäten der Türken, aber, die Analysen zeigen es sehr deutlich: die Abwehrketten der Türken, ein Verzetteln, keine Geschlossenheit! Die Deutschen zeigen ein schlaues Spiel, geschickt, gekonnt, die Defensive bietet den Türken keinen Raum! Die deutsche Mannschaft hat gewonnen! Alles ist gut! Alles? Nein, wäre da nicht, ja wäre da nicht dieser Türke oder Deutsch-Türke oder Deutsche mit Migrationshintergrund oder Deutsche, jedenfalls der Mesut Özil! Er wurmt! Irgendwie! Jedenfalls ist er Thema! Er ist gut! Sehr gut! But that is honestly the problem! In a way!? Die türkischen Fans brummen: »Ein Türke schlägt die Türken...!« Die deutschen Fans wissen nicht genau und freuen sich über ihre »Multikultimannschaft« ... solange sie gewinnt ... nein, nein, nein, quatsch: Man freut sich! Die deutsche Nationalmannschaft! Es ist Spiel! Es ist Sport! Am Oranienplatz in Berlin wird friedlich gefeiert: Die Bezugsobjekte der Integrationsdebatte in Deutschland haben den DiskutantInnen gezeigt wie man verliert: Man geht nach Hause und lässt die Party ausfallen! Fertig!

Tja, dit is' allet nich' so einfach! Sport, Nationalismus...
Und der Islam? Tja, »der Islam« und »die Deutschen«...

In diesem Sinne.
Eure ZAG





Sarkozys »Krieg« gegen das Nichtfranzösische, und besonders gegen Roma

Inländische und internationale Kritik nimmt massiv zu

■ BERNARD SCHMID

Frankreichs »nationaler Krieg gegen die Kriminalität«, den Präsident Nicolas Sarkozy im Juli 2010 ausrief und zu dessen Hauptbestandteilen eine massive Abschiebewelle für Roma aus südosteuropäischen Ländern gehört, eskaliert seit dem Hochsommer. Zugleich nahm die inländische und internationale Kritik daran massiv zu. In Frankreich demonstrierten Anfang September diesen Jahres rund 150.000 Menschen gegen diese Politik; vom Papst bis zu Fidel Castro kamen kritische bis negative Reaktionen. Die EU-Kommission in Brüssel drohte Frankreich mit der Einleitung eines Verfahrens wegen Verletzung der EU-Verträge - sie versprechen den Angehörigen von Mitgliedsstaaten Freizügigkeit - auch wenn der Konflikt nach dem stürmisch verlaufenen EU-Gipfel vom 16. September inzwischen herunter gekocht wurde.

Am Ende sollte es der Papst richten. Ihn besuchte das französische Staatsoberhaupt Nicolas Sarkozy am 08. Oktober 10, mit dem unverhüllten Hintergedanken, von ihm eine Art indirekter oder faktischer Absolution nach den im August (auch aus kirchlichen Kreisen) geäußerten Kritiken an seiner Politik zu erfahren.

Damals blieb Benedikt XVI. zwar noch ausgesprochen kryptisch, trug seine Mahnungen durch die Blume hindurch vor und forderte Frankreich zur »An- und Aufnahme der Menschheit in ihrer legitimen Diversität« auf. Andere politische oder klerikale Persönlichkeiten hielten sich da weniger vornehm zurück: Der frühere kubanische Staatschef und »Revolutionsführer« Fidel Castro warf Frankreich etwa (mit zweifellos verfehlter Wortwahl) einen »neuen rassischen Holocaust« vor, den es an den Roma begehe. Auch Kirchenleute sprachen in der Sache teilweise erhebliche schärfere Kritiken aus, als Benedikt XVI. sie in den Mund nahm. Der Erzbischof von Toulouse etwa las am 27. August 2010 im Wallfahrtsort Lourdes vor 4.000 Pilgern einen Brief seines Amtsvorgängers Saliège aus dem Jahr 1942 vor, und betonte darin die Passage: »auch sie gehören zur Menschheit«. Im Original ging es damals um die verfolgten Juden; der aktuelle Erzbischof Robert Le Gall bezog diesen Satz jedoch auf die heute lebenden Roma. Drei Tage später präzisierte er infolge von Vorwürfen aus dem Regierungslager, er habe nicht das Mordprogramm der Nazis an den Juden mit dem Vorgehen gegen die Roma verglichen. Aber er wolle zur Solidarität mit den jeweils am stärksten Bedrängten aufrufen.

Durch seinen Besuch beim obersten katholischen Kirchenchef in Rom versuchte Nicolas Sarkozy nun, den massiven Terrainverlust unter christlichen Wählern infolge dieses Zerwürfnisses mit Teilen der Kirche wieder wettzumachen. Seit 2008 hat Präsident Sarkozy

bereits massiv an Sympathie unter denjenigen Französinnen und Franzosen, die »christliche Werte« betonen, verloren. Dazu trug eine Mischung aus verschiedenen Faktoren bei: Die rassistischen Züge der Regierungspolitik spielen dabei ebenso eine Rolle wie das oft vulgäre, neureiche Schicki-Micki-Gebaren (französisch »bling-bling« genannt), das Sarkozy oft an den Tag legt. Der Streit über die Abschiebepolitik gegen Roma hat nun endgültig einen Teil der gläubigen Katholiken in Frankreich empört gegen Sarkozy aufgebracht.

Umso dicker trug der Präsident nun beim Papst auf, was wiederum neue Kritik hervorrief, da Sarkozy – nicht zum ersten Mal – zu »vergessen« schien, dass Frankreich eine laizistische Republik ist, Religion und Staat also gesetzlich getrennt sind. Anders als seine Amtsvorgänger ließ Sarkozy sich dabei beobachten, wie er Kreuzzeichen schlug, und sich vom Papst einen Rosenkranz schenken ließ. Auch nahm er als erster Präsident der Fünften Republik öffentlich an einem »Gebet für Frankreich« teil. Vielleicht kann er dadurch nun wieder Boden unter dem konservativsten oder reaktionärsten Teil der französischen Katholiken, deren Glauben sich am stärksten an den kirchlichen Institutionen festmacht, gewinnen.

Die Kritiken vom Sommer sind damit aber keinesfalls aus der Welt geschafft. Ebenso wenig jene aus den europäischen Institutionen in Brüssel, auch wenn die Einleitung eines Verfahrens gegen Frankreich wegen Verletzung der EU-Verträge vorläufig aufgeschoben worden ist. Einen solchen Prozess vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) hatte Mitte September die aus Luxemburg stammende europäische Kommissarin »für Justizwesen und Bürgerrechte«, Viviane Reding, angekündigt. Voller Empörung hielt sie am 14. September 2010 eine Pressekonferenz ab, auf der sie mit Hinblick auf die jüngste massive Abschiebepolitik Frankreichs ausrief: »Enough is enough!« Viviane Reding erklärte ferner, erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs müsse sie Szenen beiwohnen, bei denen Menschen in Europa nur aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe verhaftet und deportiert (freilich nicht ermordet) würden. Der zwei Tage später stattfindende EU-Gipfel in Brüssel war dann auch von heftigen Spannungen geprägt.

Allerdings wurde die Eskalation in den Tagen nach dem Gipfel vom 16. September 2010 nun wieder herunter gekocht. Die Europäische Kommission möchte Frankreichs Politik nun vor dem EuGH nicht mehr wegen »Rassendiskriminierung« verfolgen, sondern nur noch aufgrund »mangelhafter Umsetzung der Richtlinien von 2004 zur Freizügigkeit für die Bürger der neuen EU-Mitgliedsländer«. Aus dem schweren politischen Vorwurf wird so eine eher technisch klingende Kritik, zumal einem Dutzend Mitgliedsländer Mängel bei der Durchsetzung der fraglichen Richtlinien vorgeworfen werden. Ferner wurde Frankreich Anfang Oktober noch eine Frist zur Prüfung seiner Politik eingeräumt, und am 20. Oktober 2010 dieses Jahres soll definitiv über die Einleitung eines Verfahrens entschieden werden.

Neue Enthüllungen über Praktiken der französischen Politik, unter anderem gegenüber den Roma, werden der Kritik aus den europäischen Institutionen jedoch in Bälde zusätzliche Nahrung verleihen: Am 13. September 2010 hatte Paris in Windeseile ein Rundschreiben aus dem französischen Innenministerium vom 05. August diesen Jahres zurückgezogen – denn darin wurden die Polizeidienststellen offen aufgefordert, gezielt gegen Roma als solche vorzugehen und ihre »illegalen« Baracken- oder Wohnwagensiedlungen zu räumen. Da unverhüllt auf eine »Volksgruppenzugehörigkeit« abgehoben wurde, wird der Tatbestand der Diskriminierung im Sinne des Anti-Diskriminierungs-Rechts der EU dadurch ohne Zweifel erfüllt. Wenige Stunden nach Bekanntwerden des ministeriellen Schreibens wurde es darum auch zurückgezogen und durch ein neues, unverfänglich formuliertes ersetzt.

Doch am 07. Oktober 2010 enthüllten die liberale Pariser Abendzeitung ›Le Monde‹ und mehrere antirassistische Vereinigungen, dass im Pariser Innenministerium eine illegale Datei zu »wandernder Kriminalität« existiere, in welcher gezielt und systematisch Roma aufgrund ihrer »ethnischen« Zugehörigkeit eingespeichert wurden – sortiert nach Herkunftsländern und tatsächlich oder vermeintlich bestehenden »Verwandtschaftsstrukturen«.

Am 08. Oktober 2010 enthüllte zudem die Liga für Menschenrechte (LDH), dass an Teilen der sich in Frankreich aufhaltenden Romabevölkerung zudem systematische DNA-Tests durchgeführt worden seien. Diese Gentests sollten einer gesicherten Identitätsfeststellung dienen – und waren selbstverständlich total illegal. Gentests (durch Untersuchung von Speichelproben) sind gesetzlich allein bei Verdacht auf bestimmte, meistens »erhebliche«, Straftaten zulässig. Ein juristisches Vorgehen gegen die französische Politik hätte also offenkundig solide Grundlagen.

Auch innerhalb Frankreichs gibt es jedoch massive Kritik an der rassistischen und repressiven Regierungskampagne, welche Nicolas Sarkozy seit einer Tagung im Elysée-Palast am 28. Juli 2010 sowie seiner Brandrede in Grenoble vom 30. Juli 2010 losgetreten hatte. Beispielsweise demonstrierten am 04. September diesen Jahres über 150.000 Menschen in rund 150 französischen Städten gegen »die staatliche Xenophobie« unter dem Motto: »Gegen eine Politik des Prangers«. Und am 12. September 2010 protestierten dann auch Hobby-Bergsteiger und professionelle Alpenführer gegen dieselbe Politik. Auf einem Gletscher am Bergmassiv des Mont-Blanc führten sie ein Spektakel – unter der Jakobinermütze – dazu auf, und auf drei Gipfeln der Alpen sowie der Pyrenäen wurden Transparente gehisst, die u.a. dazu aufforderten, den Slogan »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« ernst zu nehmen und universell auszulegen. ✖

GESAMTER ARTIKEL:

✖ *Die komplette Fassung des Artikels finden Sie auf www.zag-berlin.de*



Alle reden über Hartz-IV

Für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes

JANA KRTEK

Sind die neuen Berechnungen zu Hartz IV nun besser als vorher? Man kann sich aufregen über die darin enthaltene Bevormundung, was EmpfängerInnen der Hilfe zum Lebensunterhalt konsumieren dürfen. Tabak gibt es nicht mehr, statt Alkohol wird die Menge der Flüssigkeit mit Mineralwasser aufgewogen. Die Möglichkeit zur Mobilität mit dem öffentlichen Nahverkehr wird ebenso wie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben selbst bei der transparenten Berechnung der Hartz-IV-Sätze nicht gesichert. Und eine transparente Begründung für die seit 1993 unverändert geltenden Sätze des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) steht weiterhin aus.

Die Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze war durch den Spruch des Bundesverfassungsgerichts im Februar 2010 notwendig geworden, das die Hartz-IV-Regelsätze für verfassungswidrig erklärt hat. Aus dem Grundrecht auf Menschenwürde und dem Sozialstaatsgebot leitet es das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ab. Es ist unbestritten, dass dieses Grundrecht für Deutsche und Ausländer gleichermaßen gilt. Mit Urteil vom 26.07.2010 hat das Landessozialgericht NRW auch die Leistungen nach § 3 AsylbLG für offensichtlich unzureichend und verfassungswidrig erklärt. Die Beträge des AsylbLG prüft jetzt das Bundesverfassungsgericht und es ist zu erwarten, dass sie ebenso wie die Leistungen nach Hartz IV neu ermittelt werden müssen.

Die 80.000 Menschen in Deutschland, die Hilfen nach dem AsylbLG erhalten, müssen von weniger als zwei Dritteln der neuen Hartz-IV-Sätze leben. So erhält ein Haushaltsvorstand nach AsylbLG 224,97 Euro – das sind 61,8% des Existenzminimums nach Hartz IV (364 Euro). Ein sechsjähriges Kind hat mit 133 Euro sogar nur den Anspruch auf 53% des Regelsatzes eines gleichaltrigen Kindes nach Hartz IV (s. PE ProAsyl und Flüchtlingsräte).

»Die Zukunft hilfebedürftiger Kinder darf nicht länger davon abhängen, ob die Eltern langzeitarbeitslos sind oder nicht. Kinder brauchen Chancen, Kinder brauchen Perspektiven, egal wie gut oder schlecht ihre Eltern finanziell gestellt sind«, lautet es auf der Seite des Arbeits- und Sozialministeriums *[http://www.bmas.de/portal/47874/2010__09__20__referentenentwurf__neugestaltung__grundsicherung.html]*. Das Bildungspaket für Arme, welches daher vom Ministerium mit großem Tamtam angekündigt wurde, wird Schulkindern ab 2011 in Form von Sachleistungen zur Deckung ihres Bildungsbedarfs gewährt. All dies gilt jedoch nicht für Kinder, die unter das AsylbLG fallen. Flüchtlingskinder sind schulpflichtig, doch das Bildungspaket bekommen sie nicht. Gleichwohl gibt es hierfür keinen nachvollziehbaren Grund, da nicht anzunehmen ist, dass der Bedarf eines schulpflichtigen Flüchtlingskindes geringer als der eines deutschen Kindes ist.

Mit der Verabschiedung des AsylbLG 1993 wurde mit dem Grundsatz der Sozialhilfe als eines einheitlichen letzten Netzes der sozialen Sicherung gebrochen. Seither gibt es zweierlei Existenzminima: eins für Deutsche und eins für Flüchtlinge. Solcher Art diskriminierende Sondergesetze gegen Flüchtlinge existieren fort: Für mindestens ein Jahr ist Asylsuchenden die Arbeitsaufnahme verboten, und auch danach verwehren die arbeitsrechtlichen Beschränkungen Flüchtlingen oft, das Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Zwangsweise mit Lebensmittelpaketen oder Gutscheinen versorgt, durch die Residenzpflicht bei Strafandrohung auf ein kleines Territorium verwiesen, mangels Geldmitteln daran gehindert, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, werden Flüchtlinge in Deutschland vielfach gedemütigt und entmündigt. Einigen dieser Ungerechtigkeiten könnte einfach begegnet werden, indem das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft würde.

Es darf nur ein Existenzminimum geben.

Genormtes Deutschsein?

Weiß-Sein und antimuslimischer Rassismus

ILKA EICKHOF

Normalität und Rassismus treffen gerade da aufeinander, wo eigene Privilegien und Zugehörigkeiten nicht gesehen werden. Zum Beispiel verschwindet die Markierung der eigenen Position oft hinter der allgegenwärtigen ›Normalität‹ von Weiß-Sein.

Die aktuelle diskursive »Muslimisierung« von Menschen mit migrationsgeschichtlichem Hintergrund trägt zu einer vermeintlich sichtbaren Unterscheidung von »MuslimInnen« und Nicht-Muslimen bei. Die Unterscheidung erfolgt durch das heutzutage vor allem in den Medien vorherrschende Bild des Islam. Kennzeichen, die mit »dem Islam« in Verbindung gebracht werden, verweisen auf das vermeintliche ›Muslimisch-Sein‹. Zu diesen Kennzeichen gehören auffällige Symbole wie das Kopftuch, aber auch weniger auffällige, die eigentlich nicht in direkter Verbindung mit dem islamischen Glauben stehen müssen – wie dunkle Hautfarbe oder ein türkisch oder arabisch klingender Name.

Mit dieser Unterscheidung wird eine Hierachie hergestellt, indem die Markierung und Positionierung des ›Anderen‹ durch Angehörige der Mehrheitsgesellschaft als Nicht-Weiß-Sein erfolgt. Weiß-Sein und damit die eigene gesellschaftliche Position steht mit der für sich selbst beanspruchten Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft beziehungsweise Nation, ohne dass dies explizit benannt werden muss. Die HerausgeberInnen der 2007 erschienenen Anthologie »re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland« machen dies deutlich, indem Ha/al-Samarai/Mysorekar (2007, S. 9) konstatieren, dass im »›leitkulturellen‹ Weißen Deutschland [...] [m]igrationspolitische Sanktionen, diskriminierende Sondergesetze und ethnische Unterschichtungen [...] ebenso wenig passé [sind] wie rassistische Gewaltakte, alte oder neue Feindbilder sowie Überfremdungs- und Kulturkampfszenarien mit ›rassischen‹ und kulturellen Überlegenheitsfantasien. Das gilt auch für das erdachte völkische Gebilde einer nationalen Blutsgemeinschaft, in der ›Deutsch-Sein‹ und Weiß-Sein als identisch und folglich als ›normal‹ vorausgesetzt werden.«

Die gesellschaftliche Dichotomisierung von ›Deutsch‹ und ›Nicht-Deutsch‹ wird analog und parallel zu ›Weiß‹ und ›Nicht-Weiß‹ durch Annahmen und Handlungen gestärkt und reproduziert. Im Zuge der ›Islamisierung der Debatten‹ wird das Deutsch-Sein um die Kategorie ›Nicht-Muslimisch-Sein‹ ergänzt. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Deutsch-Sein und Muslimisch-Sein als sich ausschließend verwendet werden. Diese verbale Dichotomisierung spiegelt sich immer dann im Alltagsdiskurs wider, wenn »Deutsche« und »Muslime« in einem Atemzug genannt werden, ohne dass Muslime als inhärenter Teil der Gesellschaft in Deutschland gesehen werden. MuslimInnen und als solche Markierte werden dadurch als MuslimInnen und gleichzeitig Nicht-Deutsche »ge-andert«, was dazu führt, dass sie nicht als selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft gelten. Was selbstverständlich der Fall ist und sogar vom Bundespräsidenten erkannt wurde.

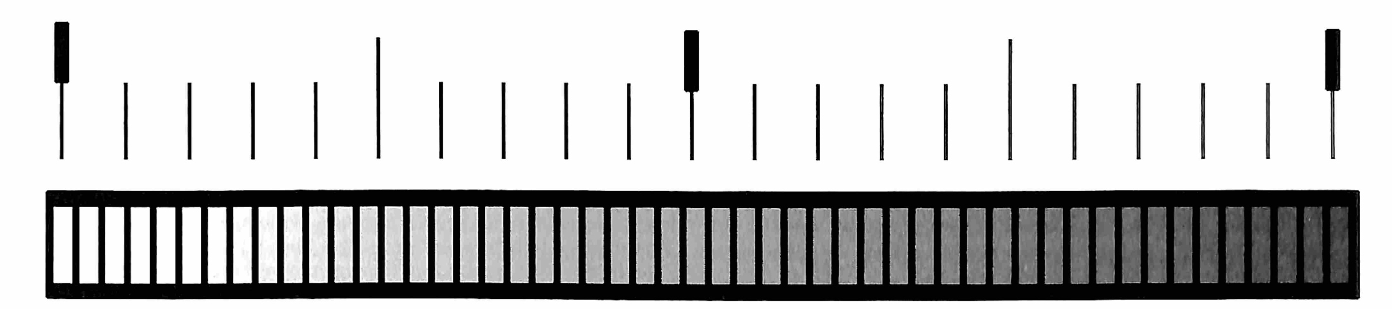
Weiß-Sein ist nun zwar ein wesentlicher, unmarkierter Punkt in der ›Anderung‹ von (vermeintlichen) MuslimInnen, jedoch sollte der Blick nicht auf diese Markierung verengt werden. Geschlecht und soziale Schicht sind ebenso mitzudenken wie andere Differenzlinien, wie Nation oder sexuelle Orientierung.

Das Paradigma von Weiß-Sein und sein Potential eines Perspektivwechsels ist ein wichtiger Bestandteil für den Analyserahmen eines antimuslimischen Rassismus. Auf diese Weise kann auf die unbewusst vorhandene Alltagsdimension von Rassismus hingewiesen werden, die durch Normalität und Unsichtbarkeit dominanter Strukturen gekennzeichnet ist.

In diesem Zusammenhang gilt es einmal mehr zu betonen, dass es sich bei anti-muslimischem Rassismus weder um Religionskritik noch um Kritik am politischen Islam handelt, da er sich über die tatsächliche Religionszugehörigkeit hinaus gegen alle Personen richtet, die unter den Kategorien ›muslimisch‹, ›arabisch‹, ›türkisch‹ oder ›deutsch-türkisch‹ subsumiert werden.

Einige Beispiele sollen diesen Zusammenhang im Folgenden verdeutlichen.

Die amerikanische Feministin und Aktivistin Peggy McIntosh hat im Rahmen der Critical Whiteness Studies (CWS) eine Liste mit natürlich erscheinenden Privilegien Weißer erstellt. Einige von Ihnen lassen auf



die Dichotomisierungsstrategien zwischen Weißen Deutschen und MuslimInnen oder als solchen Markierten übertragen. Dazu zählen Aussagen wie »Ich kann den Fernseher einschalten oder die erste Seite der Zeitung aufschlagen und Menschen meiner Hautfarbe überall repräsentiert sehen [...]« (Wollrad 2005, S. 86f.). Im Falle des anti-muslimischen Rassismus ist dieser Punkt erweiterbar um die Komponente ›nicht nur negativ repräsentiert sehen‹ im Sinne negativer Darstellungen, die von der ewigen Putzfrau über kriminelle Jugendliche bis hin zum schlagenden Familientyrann reichen. Als weitere Privilegien benennt McIntosh: »Ich muss meine Kinder nicht dazu erziehen, sich des strukturellen Rassismus bewusst zu sein, zu ihrem eigenen täglichen physischen Schutz. [...] Ich kann mit vollem Mund sprechen ohne das dies jemand meiner Hautfarbe zuschreibt. [...] Ich werde nie aufgefordert, für alle Menschen meiner Gruppe zu sprechen«. Letzteres zeigt sich im Spannungsverhältnis zwischen ›objektivem Expertentum‹ und ›persönlicher Befangenheit‹: Oft werden MuslimInnen oder als solche Markierte als ›ExpertInnen‹ in Sachen Islam bei Talkshows, Artikeln und Konferenzen zu Rate gezogen. Sie sollen Auskunft geben über Terrorismus, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, Jugendgewalt oder Bildungsarmut. Gleichzeitig wird ihnen jedoch ebenso oft eine persönliche Befangenheit und ›zu viel Nähe zur eigenen Klientel‹ unterstellt, die eine gesicherte, objektive Aussage verhindere. Als unvoreingenommen und neutral gelten hingegen vornehmlich Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Deshalb muss es politisch gesprochen ein Ziel sein, die Betroffenen, über die gesprochen wird, in die Produktion ihrer eigenen, aber auch allgemein gesellschaftlicher Repräsentationen mit einzubeziehen und zugleich die Bedingung der Möglichkeit von Repräsentation immer wieder zum Thema zu machen – sich also zu fragen, wer wen wann und wie zu repräsentieren scheint oder dies vorgibt zu tun.

Ein anderes Beispiel für die impliziten Verhandlungen von Weiß-Sein ist der Aspekt der Definitionsmacht. Wenn sich Gruppen wie »TürkInnen«, »Sinti und Roma« oder »Schwarze« gegen diskriminierende Begriffe wehren und diese durch selbst gewählte Begriffe ersetzen, so wird dies seitens der Weißen Mehrheitsgesellschaft häufig mit gönnerhaftem Spott kommentiert. Entschuldigend wird dann hinzugefügt: »Ich meine das ja gar nicht so, wenn ich ›Zigeuner‹ oder ›der Türkenschneider‹ von nebenan sage«. Mit dem »Das ist nicht so gemeint« wird behauptet, dass die Aussage nicht rassistisch sei und dass entsprechende Bezeichnungen entweder ›normale‹ Hänseleien oder ›witzige‹ Provokationen darstellen sollen (Lapp 2007, S. 74). Häufig wird dann argumentiert, dass ›AusländerInnen‹ oder ›MigrantInnen‹ im Bekanntenkreis der jeweiligen SprecherInnen solche Bezeichnungen gleichermaßen benutzen würden. Zwar können solche Äußerungen auch provozierend oder neckisch gemeint sein, es bleibt allerdings die Frage, warum diese ›humorvolle‹ Äußerung eine rassistische Konnotation enthalten muss. ›Das sage ich halt so, damit dann auch jede/r weiß, was gemeint ist‹, wird sich dann entschuldigt. Die SprecherInnen reflektieren dann jedoch nicht, um wen oder was es hier geht, nämlich gerade nicht um die Weiße Mehrheitsgesellschaft und deren Sicht auf die Verhältnisse und Strukturen, sondern um das Recht auf Selbstbezeichnung und die Verweigerung einer bestimmten hierarchisierten Anrufung.

Die Art, wie sich notwendigerweise stetig im Wandel befindende Selbstbezeichnungen wie ›AusländerIn‹, ›Schwarze‹, ›People of Color‹, ›MigrantIn‹, ›Personen mit Migrationshintergrund‹ oder ›DeutschTürkIn‹ von Weißen benutzt und kommentiert werden, kann von diskriminierender Gönnerhaftigkeit zeugen, wenn gefragt wird, was denn jetzt gerade der politisch korrekte Begriff sei. Dieses Vorgehen der Amüsiertheit oder Gönnerhaftigkeit ist ein Indiz dafür, dass hier von der als selbstverständlich erachteten Machtposition herab gesprochen wird. Nach Wachendorfer (2001, S. 96) ist es diese implizite Verhandlung der Position und Definitionsmacht Weißer, die zu den diesbezüglich oft sehr emotional verlaufenden Debatten über Rassismus in Deutschland führt. Bezogen auf antimuslimischen Rassismus sind es u.a. Bezeichnungen wie »... mit Migrationshintergrund«, »postmigrantisch«, PoC, oder »mit deutscher Identität«, die Teilen der Weißen Mehrheitsgesellschaft oft zu umständlich, zu sperrig erscheinen (im Gegensatz zu den oft verwendeten Begriffen »MigrantIn« oder gar »AusländerIn«).

Die Ablösung des bis 2000 geltenden Abstammungsrechts (Ius sanguinis) durch das Prinzip des Bodenrechtes (Ius soli) zum Zweck, ›Integration‹ zu verbessern oder zu erleichtern, stellt ein weiteres Beispiel in diesem Rahmen dar.1 Der Regelung entsprechend gilt nun: wenn ein Elternteil mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft mindestens acht Jahre legal in Deutschland ansässig ist, so erhält das Kind zunächst die doppelte Staatsbürgerschaft, bevor es sich dann mit Erreichung der Volljährigkeit für eine entscheiden muss. Diese gesetzliche Änderung hat aber statt einer Verbesserung der Verhältnisse eine Verschlechterung herbeigeführt: Durch die 2005 initiierte ›entgarantierte Staatsbürgerschaft‹ haben viele der türkisch-deutschen DoppelpassinhaberInnen ihre deutsche Staatsangehörigkeit im »Versuch, sie auf eine bestimmte Identität zu fixieren« (Senocak 2008, S. 138), wieder aberkannt bekommen. Aber sind verschiedene Zugehörigkeiten tatsächlich so undenkbar? In Verknüpfung mit diesem Gedanken lässt sich Gaby Straßburgers 2001 (!) durchgeführte Untersuchung »Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main« anführen, in der nicht nur nach der Deutschen, sondern auch nach einer Frankfurter Identität gefragt wurde. Im Ergebnis gaben nur 18 Prozent der befragten MigrantInnen der zweiten Generation an, sich als Deutsche zu fühlen, während sich aber 63 Prozent als FrankfurterInnen fühlten. Diese Daten zeigen, dass sowohl eine Identifikation mit dem Herkunftsland der Eltern als auch parallel dazu mit dem Wohnort oder Lebensmittelpunkt in Deutschland möglich ist. Auch Amir-Moazami (2007, S. 125) gibt wieder, dass bei der Durchsicht der Debatten um die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft ersichtlich wird, dass in Deutschland eine in der Staatsbürgerschaft verankerte Vorstellung von der Zugehörigkeit zu einem fest umschlossenen Kulturkreis verbreitet ist. Diese Zugehörigkeit ruht auf der Annahme, so die Argumentation Nana Heidenreichs (2006, S. 206), dass ein ›Deutsch-Sein‹ weiterhin gefühlt auf dem ius sanguinis basiert und sich in der Rede von ›Ausländern‹ widerspiegelt.

Die rechtliche Anerkennung von »ethnisierten MuslimInnen« als StaatsbürgerInnen hat nicht gleichzeitig ihre symbolische Anerkennung nach sich gezogen. Ausgehend vom sich wechselseitig ausschließenden Begriffspaar Deutsche/AusländerInnen zeigt Heidenreich auf, wie durch diesen Ein- und Ausschluss, der selbstverständlich erscheint, Deutsche als »unraced« im Sinne von unmarkiert, ›normal‹ und ›AusländerInnen‹ als »raced« entworfen werden (Heidenreich 2006, S. 207). In dieser Logik von ›wir‹ oder ›uns‹ und ›die Anderen‹ werden ›AusländerInnen‹ zumeist nicht über ihre tatsächliche Staatsangehörigkeit bestimmt, sondern, wie es die theoretischen Annahmen der Critical Whiteness Studies folgern lassen, anhand Einteilungskriterien wie Morphologie (Körperliche Erscheinung), Habitus, Sprache oder religiöse Praktiken erkannt und zugeordnet. Von dieser Kategorisierung sind weder alle noch nur de jure MuslimInnen oder als solche Markierte betroffen, was wiederum auf eine Verbindung der Kategorien ›Weiß-Sein‹ und ›Deutsch-Sein‹ hinweist. Aber, »[m]it der Verdrängung des Begriffs ›Rasse‹ im deutschen Ausländerdiskurs ist auch die Verdrängung seiner Verankerung im Feld des Sichtbaren verbunden«, schreibt Heidenreich. Es ist nicht gemeint, ›Rasse‹ als Begriff wieder einzuführen. Vielmehr geht es um eine Markierung der Selbstverständlichkeit, mit der sich die Unsichtbarkeit von ›Deutsch-Sein‹ in Verbindung mit Weiß-Sein inszeniert. ✖

FUSSNOTE:

- 1 *vgl. Finkelstein (2006), S. 12f; siehe Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), novelliert am 01.01.2000. Die Einführung des ius soli ins deutsche Recht findet sich in §4, Abs. 3: »Durch die Geburt im Inland erwirbt ein Kind ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil 1. seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und 2. freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger oder gleichgestellter Staatsangehöriger einer EWR-Staates ist oder als Staatsangehöriger der Schweiz eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund des Abkommens vom 21.Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit (BGBl. 2001 II S. 810) besitzt oder eine Aufenthaltserlaubnis-EU oder eine Niederlassungserlaubnis besitzt.« Siehe auch Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), Wie werde ich Deutsche/r? - Broschüre zum Einbürgerungsrecht, Berlin 2005.*

LITERATUR:

- *Amir-Moazami, Schirin, Politisierte Religion. Der Kopftuchstreit in Deutschland und Frankreich, Bielefeld 2007.*
- *Finkelstein, Kerstin E., Eingewandert. Deutschlands »Parallelgesellschaften«, Bonn 2006.*
- *Ha, Kien Nghi/al-Samarai, Nicola Lauré/Mysorekar, Sheila (Hrsg.), re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland, Münster 2007.*
- *Heidenreich, Nana, Von Bio- und anderen Deutschen. Aspekte der V/Erkennungsdienste des deutschen Ausländerdiskurses, in: Tißberger Martin/Dietze, Gabriele/Hrzán, Daniela/Husmann-Kastein, Jana (Hrsg.), Weiß-Weißsein-Whiteness. Kritische Studien zu Gender und Rassismus, Frankfurt/Main 2006, S. 203-218.*
- *Lapp, Michael, Normalität von Rassismus in der rassismuskritischen Bildung - Reflexionen zu einem Universitätsseminar, in: Universität Bielefeld und Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in NRW, Tagungsdokumentation des Fachgesprächs zur »Normalität und Alltäglichkeit des Rassismus«, 14./15. September 2007, CJD Bonn, S. 72-78.*
- *McIntosh, Peggy, White Privilege: Unpacking the Invisible Knapsack, in: Wellesley College Center for Research on Women (Hrsg.), White Privilege and Male Privilege. A Personal Account of Coming to See Correspondence Through Work in Women's Studies, Working Paper No. 189, Wellesley 1988.*
- *Şenocak, Zafer, Weltbürger Migrant. Über die Vorzüge, mit mehr als einem Land verbunden zu sein - und warum die Nationalstaaten Europas lernen müssen, damit umzugehen, in: Internationale Politik (IP), Juli/August 2008, S. 138-139.*
- *Straßburger, Gaby, Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main. Studie zur Erforschung des Standes der Integration von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt am Main am Beispiel von drei ausgewählten Stadtteilen, Bamberg: europäisches forum für migrationsstudien 2001.*
- *Wachendorfer, Ursula, Weiß-Sein in Deutschland. Zur Unsichtbarkeit einer herrschenden Normalität, in: Arndt, Susan, (Hrsg.), AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland, Münster, 2001, S. 87-101.*
- *Wollrad, Eske, Weißsein im Widerspruch. Feministische Perspektiven auf Rassismus, Kultur und Religion, Königstein/Taunus 2005.*

Leipzig braucht eine Debatte über Rassismus

◘ FORUM FÜR KRITISCHE RECHTSEXTREMISMUSFORSCHUNG

»Deutschland schafft sich ab« - glaubt man der Leipziger Volkszeitung (LVZ), so gibt es an dieser Meinung und den damit verbundenen Aussagen Thilo Sarrazins nicht viel zu rütteln. Und, so ein zweiter Eindruck, den die Lektüre der Zeitung in den letzten Wochen hinterlassen hat[1], in Leipzig möchte auch niemand daran rütteln: Telefonumfrage und Leser_innenbriefe sind eindeutig in ihren ›realsozialistischen‹ Zustimmungswerten. Die Zeitung gebärdet sich als Sprachrohr der vermeintlich einhelligen ›Volksmeinung‹. Kritische Stimmen bleiben unterrepräsentiert. All das ist kein Problem, so könnte argumentiert werden, sondern übliches Gebaren einer Tageszeitung, die sich auf ein bestimmtes politisches Klientel festgelegt hat. Allerdings gibt es mindestens zwei Gründe, die Berichterstattung dieser Zeitung anders zu bewerten und für die öffentliche Diskussionskultur in Leipzig einmal mehr eine Differenzierung einzufordern: Einerseits ist die LVZ als einzige lokale Tageszeitung (neben der Bild) hegemonial meinungsbildend für die politische Öffentlichkeit in Leipzig und gehört zu den meistzitierten deutschen Regionalzeitungen. Andererseits reproduziert die LVZ mit ihrer Berichterstattung bewusst oder zumindest fahrlässig rassistische Argumentationsmuster.

Einmal mehr verliert die LVZ dabei die Grenzen der journalistischen Sorgfaltspflicht aus dem Auge. Natürlich gäbe es an der aktuell in Deutschland wieder aufgewärmten »Integrationsdebatte« und an der Rolle der Medien darin auch grundsätzlich vieles zu kritisieren. Als eine in Leipzig arbeitende Organisation ist es uns aber ein besonderes Anliegen, dem von der LVZ behaupteten Konsens einer »Migrationskritik« etwas entgegenzusetzen. Wir glauben nicht, dass wir mit dieser Kritik allein sind und rufen daher dazu auf, den aktuellen Anlass als Motivation für einen erneuten Anlauf zur Herstellung einer kritischen, menschlichen und demokratischen Öffentlichkeit in Leipzig zu nehmen.

Die LVZ spricht im Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung über den »Fall Sarrazin« von einer »Integrationsdebatte«, die sie als längst überfällig bewertet. Inhaltliche Kritik an den Behauptungen Sarrazins sucht man vergeblich. Die grundsätzlich zustimmende Haltung der LVZ kommt im Titel eines Kommentars von Politik-Redakteur Armin Görtz zum Ausdruck: »Sarrazin hat nicht in allen Punkten recht« (LVZ vom 30.08.2010). Geht es zu Beginn der Debatte um Sarrazins Buch, ist mit anerkennendem Unterton vom »Provokateur«, dem »umstrittenen« und »streitbaren« Volkswirt mit »streitbaren Thesen« und einer »unbequemen Meinung« die Rede. Von einem »Querdenker [...], der niemals Anlass zum Zweifel an seiner demokratischen Gesinnung gegeben hat«, der »immer schon gut für einen saftigen Aufschlag«[2] war. Sarrazin erscheint als derjenige, der eine längst überfällige und für Deutschland notwendige Debatte »auslöst«, »anheizt« und dabei Lob für seine angeblich wissenschaftliche Argumentation erhält: »Er argumentierte nie in Stammtischmanier dumpf aus dem hohlen Bauch heraus, sondern beschrieb nur ungeschminkt und mit Fakten untermauert unbequeme Wahrheiten, die niemand aus einer übertriebenen Political Correctness heraus aussprechen wollte«.[3]

KRITISCHE STIMMEN: ZU ZAGHAFT, ZU SPÄT

Auch die LVZ berichtet und kommentiert nicht monolithisch. Insbesondere das Kulturressort veröffentlichte durchaus kritische Beiträge, und in letzter Zeit scheint sich das Blatt auch bezogen auf die Leser_innenbriefe zu wenden. Jedoch: die kritischen Artikel kamen erst, als die Debatte schon im vollen Gange und auch die (suggestive) TED-Umfrageiv[4] bereits abgeschlossen war. Die Redakteur_innen im Politik- und Lokalteil hatten ihre Marke bereits gesetzt. Die kritischen Wortmeldungen kamen zu spät, um einen anderen Ton anzuschlagen. Und so wichtig und erwähnenswert sie sind: sie blieben zaghaft. Kritisierten den Auftritt Sarrazins bei Beckmann als »müde Verkaufsshow«[5]. Mathias Wöbking zerlegte im Kulturteil genüsslich die Behauptung, Sarrazin sei ein Tabubrecher (02.09.2010).[6] Es wurden Kritiker_innen interviewt und widersprechenden Meinungen auf diesem Wege ein wichtiger Platz im Blatt eingeräumt. Aber eine eigene kritische Positionierung, eine inhaltliche Infragestellung von Sarrazins »Thesen« blieb aus. Dies wird anderen überlassen, die entweder in Interviews selbst sprechen oder von den Redakteur_innen sozusagen vertreten werden. Autor_innen anderer Ressorts haben demgegenüber scheinbar kein Problem damit, ihre grundsätzliche Zustimmung zu Sarrazins Thesen zu äußern und den Bundespräsidenten zu kritisieren, der »ohne Not seine Neutralität aufgegeben«[7] habe, um Sarrazins Entlassung aus dem Bundesbankvorstand zu fordern.

Ungleich mehr Raum als kritische Stimmen bekommen die positiven Leser_innen-Zuschriften, die zunächst unter Titeln wie »Viel Lob für Sarrazin« (30.08.2010) und »Viel Zuspruch für Sarrazin« (06.09.2010) in Szene gesetzt werden.[8] Das am 6. September veröffentlichte Schreiben des Vorsitzenden der »Freien Bürgerstimme Baden«, eines weit außerhalb des LVZ-Einzugsgebiets ansässigen antimuslimischen Vereins aus dem Dunstkreis der völkisch-nationalistischen »Deutschland Bewegung«, zeigt, für

welche Diskurse die LVZ-Berichterstattung Anschlüsse bietet. In der Rubrik »Lesertelefon« sprechen Anrufer_innen von einer »unberechtigten Hetze gegen Sarrazin«, für den sie stattdessen »Respekt und Hochachtung« fordern (LVZ vom 04.09.2010, S. 18).

VON »ROTEN LINIEN« UND »ÜBERFÄLLIGEN DEBATTEN«

Lediglich Sarrazins eindeutig rassistische Behauptung, bestimmte Verhaltensweisen vererbten sich genetisch und bestimmte Bevölkerungsgruppen teilten bestimmte Gene, stößt ressortübergreifend auf Kritik und wird als das Überschreiten einer »roten Linie« beschrieben. Sie wird aber nicht ob ihrer menschenverachtenden Implikationen kritisiert, sondern verniedlichend als »Einlassungen zur Genetik« bezeichnet und als Ballast für Sarrazins »eigentliches Anliegen« dargestellt und bedauert. Die LVZ sieht also nicht den offensichtlichen Rassismus von Sarrazins Äußerungen als Problem, sondern stellt die Kritik daran als Ablenkungsmanöver von Debattenverweigernden dar, als plumpe Versuche, die Glaubwürdigkeit Sarrazins einzuschränken, als »Vorwand«, um »sich vor der grundsätzlichen Diskussion zu drücken« (Armin Görtz, LVZ vom 30.08.2010)[9]. Dass das rassistische Weltbild dieses Mannes auch die Interpretation der von ihm herangezogenen Daten beeinflussen könnte, kommt für die LVZ nicht in Frage und ist somit auch keiner Diskussion wert.
Damit nicht genug: Der einzige inhaltliche Kritikpunkt, den LVZ-Autor_innen an Sarrazins Äußerungen selbst artikulieren (dass die Gen-Behauptung nämlich Unsinn sei), wird als nebensächlich und für die Argumentation unwesentlich abgetan. Ernst nehmen müsse man ihn auch nicht: die Äußerungen seien »abstrus« und »verquast«, ein »abenteuerlicher Ausflug in die Erblehre« (Görtz, 30.08.2010), Sarrazin gebe sich damit als »Spinner« zu erkennen. Und Politik-Redakteur Reinhard Urschel gibt der SPD sogleich mit: »›Spinner‹ ist kein Ausschlussgrund« (02.09.2010).[10] Stattdessen fordert der Leiter des Wirtschaftsressorts, Thilo Boss, in einem Leitartikel, die »von Sarrazin angestoßene Zuwanderungsdebatte jetzt als Katalysator für eine bessere Integration zu verstehen und nicht pauschal als eine populistische Grenzüberschreitung zu geißeln, die dem Rechtsextremismus Vorschub leistet.« Nicht Sarrazin habe ein Problem, sondern die bundesrepublikanische Gesellschaft und ihre politische Elite (Boss, 26.08.2010). Man dürfe Sarrazin nicht stigmatisieren, nur weil er massenweise Menschen als unproduktiv und überflüssig abwertet. Hartz-IV-Empfänger_innen, Muslim_innen und die Bewohner_innen des »tonangebenden linksliberalen Milieus« (Zehrt, LVZ vom 27.08.2010) mögen sich bitte nicht so haben.
Dabei wird nicht nur übersehen, dass Sarrazin bereits in seinem Interview mit der Zeitschrift »Lettre International« im September 2009 von – vererbbaren – Unterschieden im durchschnittlichen Intelligenzquotienten verschiedener Bevölkerungsgruppen schwadronierte und auch sonst sozialdarwinistisch argumentierte, weswegen seine Äußerungen in einem von Sarrazins Berliner SPD-Ortsverein beauftragten wissenschaftlichen Gutachten als eindeutig rassistisch eingestuft wurden. Mit der »Rote Linie«-Rhetorik werden zugleich alle Aussagen Sarrazins bis auf die zum angeblichen »Juden-Gen« als ernstzunehmende, wichtige Wortmeldungen geadelt. Somit wird auch als »unstrittig« dargestellt, dass es so etwas wie »Parallelgesellschaften« gebe und von diesen, wie von »Flüchtlingen«, »Ausländern« und »Migranten aus Entwicklungsländern« eine grundsätzliche Gefahr für die deutsche Gesellschaft ausgehe. Die »Integrationslücken« könne man nicht »einfach mit Vanillesoße zugießen«[7].
Die Rahmung der Debatte als »Integrationsdebatte« oder »Migrationskritik«, die »Migration« mit »Integrationsproblemen« quasi in eins setzt, greift – kein Wunder! – auf andere mit diesen Begriffen verknüpfte Themen über. Die Verbindung zu lokalen Geschehnissen und Problemlagen liegt nahe, Sarrazin und die LVZ liefern die Interpretationsvorlage dafür gleich mit. Ein Beispiel aus dem Leser_innenforum bei LVZ-Online: Aus einem Bericht über 42.258 Leipziger Bürger_innen mit einem so genannten Migrationshintergrund, die es laut einer statistischen Erhebung der Stadt gibt,[11] folgern die Online-Kommentator_innen prompt: »[Das] ist nur eine Bestätigung der Thesen von Herrn Sarrazin – doppelt soviel Kinder doppelt so hohe Arbeitslosenquote liegen nur dem Staat auf der Tasche und bringen nichts.«[12] Ein anderer Online-Kommentar zieht den konsequenten Schluss: »Das sind exakt 42.258 Menschen zu viel.«[13] Dass die LVZ keine Veranlassung sieht, diese wie andere rassistische Auslassungen redaktionell zu moderieren bzw. zu kommentieren, ist dabei fast schon nebensächlich. Anscheinend erkennt die große Mehrheit der Redakteur_innen nicht einmal, wie gefährlich ihre undifferenzierte Berichterstattung ist.

VON »MEINUNGSDIKTATUR« UND UMSTURZVISIONEN

Opportunistisch schließt sich die LVZ ihren aktivsten Leser_innen an, die in einer TED-Umfrage zu 99 Prozent Sarrazins Thesen zugestimmt hatten (28.08.2010), und malt den Teufel einer Meinungsdiktatur gegenüber dem vermeintlichen »Volkswillen« an die Wand. Vom »Querdenker« (LVZ) zum »Selbstdenker« (Leserbrief) ist es nicht mehr weit. Sarrazin erscheint als Sprachrohr des »Volkes«, der »unbequeme Wahrheiten« mutig ausspricht und damit »die Deutschen erreicht«. Zum angeblich nicht von der Hand zu weisenden »Integrationsproblem«, der als antagonistischer Konflikt zwischen den »Deutschen« und bestimmten Migrant_innen dargestellt wird, kommt der populistische Bruch hinzu: »Die da oben« ignorierten die Anliegen des »Volkes«, das dann auch prompt damit droht, sich zu wehren. Die glücklosen Versuche von Teilen der SPD, sich von Sarrazins rassistischen Äußerungen zu distanzieren, werden ebenso wie die Entbindung Sarrazins von seinen Aufgaben bei der Bundesbank als Angriffe auf die grundrechtlich verbriefte Meinungsfreiheit skandalisiert und erscheinen als das eigentliche parteischädigende Verhalten. So wird verharmlost und zum Kavaliersdelikt erklärt, was viele denken mögen, was aber deswegen nicht weniger menschenverachtend ist. Als Bedrohung für

die Demokratie und eigentlich kritikwürdig erscheint die Kritik an Sarrazin, die mit dem Ende der Meinungsfreiheit in Verbindung gebracht wird – garniert mit DDR-Parallelen. Es gehe jetzt um »wesentlich mehr«, nämlich »darum, wie sich Wähler mit Volksvertretern identifizieren. Und es geht darum, wie eine Gesellschaft mit Andersdenkenden umgeht. Sollte der Bundespräsident ein Berufsverbot aussprechen, wird dies sicherlich zu einem führen: Zu mehr Politikverdrossenheit« (Boss, LVZ vom 03.09.10).

Als wäre das noch nicht genug, bietet die LVZ dem Publizisten Udo Ulfkotte ein Forum für die Verbreitung seiner unerträglichen rassistischen und populistischen Behauptungen, die noch deutlich weiter gehen als Sarrazins Thesen.[14] Verschwörungstheoretisch konstruiert Ulfkotte dort eine billionenschwere »Integrations- und Migrationsindustrie« herbei, die unterstützt durch »eine Schar von naiven Politikern« »ausschließlich für Zuwanderer« arbeite. Er schreibt von angeblich verheerenden Auswirkungen für die »ethnisch deutsche« Bevölkerung und setzt Einwanderung – die er als skrupellosen Import von Migranten bezeichnet – mit der Verabreichung von »Gift« an die »Einheimischen« gleich. Demokratischen Politiker_innen wird unterstellt, unter Zuhilfenahme von Migrant_innen gezielt Wohlstand und Werte der »Deutschen« zu vernichten, wobei der »Wille der Bevölkerung [...] mit Füßen getreten« und »für anormal erklärt« werde. Neben der Unart, Menschen und ihr Existenzrecht nach ihrer wirtschaftlichen »Nützlichkeit« für »ethnische Deutsche« zu bewerten, erschreckt vor allem das von Ulfkotte auf die Zukunft projizierte Bild: Die Bevölkerung werde »aufwachen«, sagt er voraus, und dann werde mit »den Politikern« gewaltsam »abgerechnet«.[15]

DAS PROBLEM HEISST RASSISMUS

Spätestens hier werden die Grenzen eines Gesellschaftsbildes deutlich, das nicht problematisch zu finden vermag, was »die Mitte« denkt und tut, das »rote Linien« braucht, um ein Problem zu erkennen und erst bei offensichtlichen NS-Parallelen aufhorcht, das Rassismus und organisierte Neonazis so in eins setzt, dass es Alltagsrassismus gar nicht sehen kann. Ob Sarrazin persönlich ein Rassist ist oder nicht, tut für die Bewertung seiner Argumente ebenso wenig zur Sache wie die Frage, wie viele Menschen ihm zustimmen.

Hier hätte die an anderer Stelle geforderte »Sachlichkeit« in der Debatte ihren richtigen Platz. Deutschland braucht keine Einwanderungsdebatte, jedenfalls nicht nach Sarrazinschem Muster – die gibt es schon längst und nicht zufällig verweisen die Parteien jetzt auf ihre bereits gesetzlich sanktionierte Strenge mit angeblich »Integrationsunwilligen«. Nein: die LVZ braucht eine Rassismusdebatte – oder Leipzig endlich eine andere Zeitung.

Sarrazins Thesen sind nicht revolutionär, nicht neu, nicht »unbequem«. Sie provozieren niemanden. Sie sind langweilig und rassistisch. Dass sie in der LVZ nicht als solches diskutiert werden, ist der eigentliche Skandal.

WEITERE INFORMATIONEN

- www.engagiertewissenschaft.de.

FUSSNOTEN:

- 1 Grundlage der Analyse ist die Berichterstattung zwischen dem 25.8. und dem 15.9.2010.
- 2 Maja Zehrt: »Eine Art Dauerdelikt«, LVZ vom 27.08.2010, S. 3.
- 3 Thilo Boss: »Deutschland braucht Einwanderungsdebatte«, LVZ vom 26.08.10, S. 1.
- 4 Die Frage lautete: »Hat Sarrazin mit seinen Thesen zur Einwanderung Recht?«
- 5 Jürgen Kleindienst: »Müde Verkaufsshow«, LVZ vom 01.09.2010, S. 11 Jürgen Kleindienst: »Müde Verkaufsshow«, LVZ vom 01.09.2010, S. 11.
- 6 Matthias Wöbking: »Endlich sagt das mal einer«, LVZ vom 02.09.2010, S. 9.
- 7 Anita Kecke: »Sarrazin auch Problem für die Union«, LVZ vom 06.09.2010, S. 3.
- 8 Im Laufe der »Debatte« wurden auch die hier veröffentlichten Stimmen kontroverser.
- 9 Armin Görtz: »Sarrazin hat nicht in allem Recht«, LVZ vom 30.08.2010, S. 3.
- 10 Reinhard Urschel: »›Spinner‹ ist kein Ausschlussgrund«, LVZ vom 02.09.2010, S. 3.
- 11 »8,4 Prozent der Leipziger haben einen Migrationshintergrund«, LVZ online vom 13.09.10, http://nachrichten.lvzonline.de/leipzig/citynews/84-prozent-der-leipziger-mit-migrationshintergrund/r-citynews-a-49448.html.
- 12 Kommentar von »Meine Wenigkeit« zum Artikel http://nachrichten.lvz-online.de/leipzig/citynews/84-prozent-derleipziger-mit-migrationshintergrund/r-citynews-a-49448.html.
- 13 Kommentar von »Nino« zum selben Artikel.
- 14 Der ehemalige FAZ-Autor publizierte bereits in dem völkisch-nationalistischen Blatt »Junge Freiheit« und veröffentlicht inzwischen im rechtslastigen Kopp-Verlag. Dessen selbsterklärtes Ziel ist es, »Tabuthemen, Political Correctness und Zensur in unserer Gesellschaft« zu thematisieren. Entsprechend finden sich im Verlagsprogramm viele verschwörungstheoretische und esoterische Machwerke. Neben einer kürzeren Fassung des Ulfkotte Interviews, das am 27. August in der Printausgabe der LVZ erschien, gibt es auf der Internetseite der Zeitung eine Langversion des Gesprächs zum Download.
- 15 »Wir sind nicht das Weltsozialamt«. Interview mit Udo Ulfkotte. Fragen: Olaf Majer. Kurzfassung: LVZ vom 27.08.10, S. 3; Ankündigung auf S. 1 im Artikel »Integrations-Debatte: Sarrazin soll Bankposten abgeben«; Langfassung unter www.lvz-online.de/download.



Krieg!

▮ ZAG

Was ist eigentlich mit dem Krieg los? Die Bundeswehr baut Mädchenschulen in Afghanistan? Das Militär wird zum technischen Hilfswerk mit einem robusten Mandat?

Sollte Krieg nicht mit Säbelrasseln und offensichtlich rassistischer (post-)kolonialer Geste einhergehen? Immerhin ist die Nation traditionell mit Krieg und Rassismus eng verbunden. Preußen entwickelte zur Abwehr der französischen Besetzung den deutschen Nationalmythos. Denn Napoleons Erfolge basierten auf der patriotischen Massenmobilisierung. Deshalb waren Krieg und Rassismus eng miteinander verbunden. Indem die nationale Mobilmachung die homogene nationale Gemeinschaft konstruiert und zugleich zur Bekämpfung »der Anderen« diente, war sie immer schon rassistisch - und ist es immer noch.

Die Verbindung von Nation, Krieg und Rassismus fand im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg ihren bisherigen Höhepunkt. Deshalb war Deutschland die Möglichkeit zur eigenständigen Kriegsführung lange Zeit verwehrt. Aber zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung scheint es, dass der Prozess der Normalisierung deutscher Kriegs-führung - Entschuldigung - Außenpolitik abgeschlossen sei. Horst Köhler musste zwar zurücktreten, nachdem er äußerte, dass Deutschland seine wirtschaftlichen Interessen mit militärischen Mitteln durchsetze. Aber der DIHK-Präsident Driftmann forderte den grundgesetzwidrigen Einsatz der Bundeswehr zur Wahrung von Wirtschaftsinteressen - und ist noch im Amt. Den Normalisierungsprozess der deutschen Außenpolitik hat Marcus Hawel für uns nachgezeichnet [S. 14].

Seltsam erscheint uns, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr so ganz ohne Rassismus, Propaganda gegen den Feind, das Säbelrasseln und imperiale Großmachtsträume auskommen sollen. Die Bundeswehr präsentiert sich als Speerspitze der wehrhaften Demokratie, die am Hindukusch verteidigt wird. Sie pflegt das Image einer freundlich

gesinnten Entwicklungshilfeorganisation. Sie fordert, dass ihre Toten doch zumindest ein bisschen heldengedenkt und trauergefeiert werden sollten. Das sei Deutschland doch den Familienangehörigen schuldig. Und wenn man schon dabei ist, sollte es auch im Fernsehen übertragen werden. Zivile Opfer unter der afghanischen Bevölkerung gelten indes als Kollateralschaden - oder als extremistische Terroristen. Dabei ist die Staatsbürgerschaft offensichtlich nicht mehr das entscheidende Kriterium. Als amerikanische Drohnen Anfang Oktober fünf deutsche Staatsbürger ermordeten, hat die Bundesregierung noch nicht mal eine Untersuchung gefordert. Ob es einen Zusammenhang damit gibt, dass es sich um Muslime gehandelt haben soll? Der Afghanistaneinsatz ist von antimuslimischen Ressentiments durchdrungen. Deutsche muslimische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind es offensichtlich nicht wert, dass das Auswärtige Amt seiner Aufgabe nachkommt.

Der Krieg gegen den Terror, uneingeschränkte Solidarität und die Verteidigung der gesamten zivilisierten Welt sind die neuen Begründungen für militärische Aktionen. Demnach sei der militärische Einsatz notwendig für die Emanzipation der Mädchen und Frauen in Afghanistan, so dass diese zur Schule und ohne Burkha auf die Straße gehen können. Damit es ihnen trotz der angenommenen Rückständigkeit Afghanistans erlaubt wird, öffentliche Ämter zu übernehmen. So stellt es jedenfalls die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr dar. Deren Propagandaoffiziere, genannt Jugendoffiziere, gehen in Schulen, um das Personal für die angeblich humanitären Einsätze zu werben. Wie diese Propaganda funktioniert und welche Initiativen sich dagegen gegründet haben, schildert Martin Singe [S.22]. Ein Beispiel wie die Wissenschaft, konkreter Politologen der Freien Universität Berlin an der Legitimation des Afghanistan-Krieges mitarbeiten, schildert Ralf Hutter in seinem Beitrag [S.27].

Die Entwicklungshilfe war immer schon ein Mittel, die Interessen der Geberländer durchzusetzen. Staudämme funktionieren hervorragend mit in Deutschland gekauften Turbinen. Also handelt es sich um Wirtschaftsförderung. Leider gibt es den Trend, die Entwicklungshilfe auch noch gleich umzufunktionieren, um Sicherheitsinteressen durchzusetzen. Für Infrastruktur postkolonialer Besetzungen werden zunehmend die Mittel der Entwicklungshilfe eingesetzt. Armutsbekämpfung wird da zur Nebensache, wie Jürgen Wagner zeigt [S.20]. Indessen gibt die Auswahl der »humanitären Aktionen« Auskunft über ihre rassistischen Hintergründe. Während das Grundgesetz am Hindukusch verteidigt wird, stellt sich die Frage, weshalb die ethnisierten Konflikte und Völkermorde in Ruanda und Sudan keine Bedrohung darstellen. Weshalb wurde dort nicht vehement eingegriffen, obwohl deren rassistische Qualität offensichtlich war? Daran wird deutlich, dass es bei den Interventionen weniger um humanitäre Einsätze als vielmehr um Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen und um Bündnistreue geht. Ginge es um humanitäre Einsätze, so würden sich die Konflikte in Sierra-Leone, Ruanda, Burundi, Kongo, Uganda oder im Sudan anbieten, bei denen eine besonders grausame Kriegstaktik angewendet wurde: Massenvergewaltigungen. Sie zielen ausschließlich auf die Zivilbevölkerung, die Opfer werden schwer verletzt und für ihr Leben lang traumatisiert. Die rassistisch ethnisierte Dynamik dieser Konflikte führt dazu, dass die betroffenen Frauen und Kinder aus ihren sozialen Netzwerken ausgeschlossen werden. Diese grausame und absurde doppelte Bestrafung dient dazu, die »ethnische Reinheit« der jeweiligen Gruppe zu bewahren. So werden soziale Zusammenhänge zerstört und die Folgen werden über Generationen hinweg anhalten. Die Folgen dieser Kriegstaktik und den Zusammenhang von Krieg, Rassismus und Sexismus thematisiert Talke Flörcken [S.17]. Hier zeigt sich auch sehr stark, wie Geschlechterkonstruktionen in ethnischen Konflikten genutzt werden. ✖

Normalisierte Friedensmacht?

Zum Produktionszusammenhang von Krieg und Souveränität in der deutschen Außenpolitik

I MARCUS HAWEL

Der Weg der außenpolitischen Normalisierung ging von der deutschen Einheit 1989/90 über den Golfkrieg 1991 zum Bürgerkrieg in Jugoslawien mit seinen eruptiven Kulminationen 1995 (Massaker von Srebrenica) und 1999 (NATO-Krieg gegen Serbien) und schloss ab mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, dem anschließenden Afghanistankrieg sowie dem Krieg gegen den Irak im Jahre 2003. Während dieser Reihe von Kriegen, die eine katalytische Funktion für die deutsche Außenpolitik erfüllten, wurde die neue NATO vorbereitet und die Bundeswehr an die neue Weltordnung angepasst, d.h. sie wurde von einer Verteidigungsarmee zu einer Interventionsstreitmacht umstrukturiert.

DAS »VERSPRECHEN DER NORMALITÄT« UND DAS NORMALFELD DES »WESTENS«

Der »Westen« war das Normalfeld für das Begehren der deutschen Eliten nach Normalität. Nach der Auflösung der Sowjetunion erlebte der Begriff der westlichen Wertegemeinschaft, welcher während des Kalten Krieges als ideologischer Kampfbegriff hauptsächlich gegen den Kommunismus gerichtet war, in der deutschen Öffentlichkeit eine Renaissance.[1] Das lag vor allem daran, dass der »Westen« nicht nur eine negative Abgrenzungskategorie gegen Stalinismus und Ostblock gewesen war, sondern ebenso gegen den Sonderweg im politisch-geographisch verstandenen »Mitteleuropa«.
Ludolf Herbst schreibt, das Dritte Reich war in der deutschen Geschichte die radikalste Abkehr »von den kulturellen Werten und politischen Formkräften des ›Westens‹«, und »es bedurfte der vereinten Anstrengungen der Westmächte und der UdSSR sowie der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht, um Deutschland für andere Optionen zu öffnen.«[2] Heute gilt der »Westen« als eine »Chiffre für die freiheitliche, demokratische, liberal kapitalistische und zivile Ordnung der Gegenwart«[3], und als solche war sie für die herrschenden Eliten in Deutschland das Ticket zur endgültigen Entsorgung der belasteten deutschen Vergangenheit. »Westlich« zu sein, bedeutet normal zu sein; ein weit verbreitetes republikanisches Bewusstsein hebt mit Stolz hervor, dass die Bundesrepublik inzwischen in den liberalen Wertekanon (Republikanismus, Konstitutionalismus, Parlamentarismus, Meinungsfreiheit, unabhängige Justiz etc.) des Westens tief verankert ist. »Dieses kollektive Gedächtnis preist Deutschland als eine durch und durch verwestlichte Gesellschaft, deren Werte beweisen, dass der westliche Liberalismus über alle früheren antidemokratischen Denkweisen triumphiert hat.«[4]
Der Historiker Christian Meier nahm 1990 eine Bilanzierung vor, die bereits die ganze oberflächliche Ambivalenz einer undialektischen Inanspruchnahme von Normalität erkennen ließ.[5] - Normalität wurde zugleich verneint und Normalisierung vollzogen: Was immer sich bewusst oder unbewusst durch Geschichte an »typisch deutschen« Eigenschaften tradiert habe, nunmehr könne nicht mehr die Gefährlichkeit dieser Eigenschaften behauptet werden. »Beachtliche Resultate« eines unumkehrbaren Lernprozesses (pluralistische Toleranz, Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Verfassungspatriotismus) sollen Garanten für eine unwiderruflich überwundene Phase des deutschen Nationalismus sein. Auschwitz dürfe kein Hinderungsgrund für die Integration der deutschen Republik in die Weltgesellschaft sein. Neuen Aufgaben müsse sich die deutsche Nation stellen, die nunmehr keine Möglichkeit mehr habe, einen Sonderweg zu gehen. Gleichwohl sei Skepsis geboten, schließlich sei Deutschland »ja keine normale Nation«. Die gebotene Skepsis könne zu einem »aufgeklärten Nationalbewusstsein« beitragen, vermöge dessen »wir uns unseren Aufgaben« besser stellen könnten. Damit ergäben sich für den Staat politische Handlungsspielräume, welche in der Nachkriegszeit noch unter vernünftig begründete Tabus gefallen waren.

GESTEIGERTES NATIONALBEWUSSTSEIN AUFGRUND GLOBALER ANFORDERUNGEN?

Post festum verweist das Begehren nach Normalität aber nicht nur auf vergangenheitspolitische Entsorgung von Schuld, sondern auch auf den Mangel an staatlicher Souveränität seit der Nachkriegszeit bis zur deutschen Einheit.

Die Notwendigkeit eines deutschen Nationalbewusstseins wurde von Konservativen wie von Liberalen vor dem Hintergrund einer sich drastisch verändernden Weltlage diskutiert, die zunächst durch die Auflösung der bipolaren Weltordnung und dann durch die so genannte Globalisierung gekennzeichnet ist. Aus den veränderten weltpolitischen Konstellationen sollten sich neue Anforderungen und Folgeprobleme für den deutschen Staat ergeben haben, die er nur dann zu bewältigen imstande sei, wenn die Deutschen ein gefestigtes Nationalgefühl besäßen.[6] Vor allem in den ersten Jahren nach der deutschen Einheit entbrannte in der Öffentlichkeit eine Debatte um die Frage der nationalen Identität, die von Konservativen mit den Begriffen Nation, Nationalismus und Patriotismus genährt wurde.
Dieser Diskussion standen die meisten Liberalen zunächst nicht positiv gegenüber.[7] Dennoch stellte sich allmählich ein umfassender Konsens zwischen der linksliberalen und der bürgerlich-konservativen Öffentlichkeit her, nicht nur den deutschen Nationalstaat in seiner innen- und außenpolitischen Orientierung an den westlichen Werten anzuerkennen,[8] sondern auch selbst- und verantwortungsbewusst mit Anspruch auf eine Führungsrolle in der Welt aufzutreten, gleichsam sich der europäischen Integration und den globalen Anforderungen zu stellen. Die 1998 gewählte rot-grüne Bundesregierung galt Liberalen in dieser Hinsicht endgültig als Ausdruck einer sich vollzogenen zivilpolitischen Normalisierung. Mit der affirmativen Inanspruchnahme von Normalität wurde von ihnen ein Vergleich mit den westlichen Demokratien angestrengt, und sie betrachten Deutschland nunmehr als einen Nationalstaat westlichen Typs, d.h. als eine dem Frieden verpflichtete Bürgernation.[9]





Der Berliner Historiker Heinrich August Winkler brachte es auf den Punkt: »Seit dem 3. Oktober 1990 gibt es keine deutsche Frage mehr. Dafür haben wir jetzt eine europäische, und sie wird uns in den nächsten Jahrzehnten intensiv beschäftigen.«[10] Das vereinte Deutschland habe sich die politische Form eines postklassischen Nationalstaats gegeben und sei fest eingebunden in die supranationale Gemeinschaft. Jedwede Form des Sonderweges sei damit abgeschlossen worden.

FÜHRUNGSROLLE IN EUROPA

Der deutsche Staat erlangte mit den traditionellen außenpolitischen und geostrategischen Mitteln seine Dominanz vor allem in Osteuropa zurück und arbeitete daran, sich der klassischen Attribute eines souveränen Nationalstaats zu bedienen, die er wie die anderen europäischen Nationalstaaten im europäischen Einigungsprozess nur sukzessive und quidproquo wieder abzugeben bereit ist. Längst bestimmte dabei der deutsche Staat zusammen mit Frankreich weitgehend Weg und Ziel der Europäischen Union, auch wenn sich immer mal wieder das deutsch-französische »Führungsduo« nicht durchsetzen konnte – wie zunächst im EU-Verfassungsprozess.
Um den Anspruch einer Hegemonie in Europa realisieren zu können, erforderte es neben einer vergangenheitspolitischen vor allem einer militärpolitischen Normalisierung. Andrei S. Markovits und Simon Reich schreiben: »Die Vereinigung hat Deutschland zu einem normalen Land gemacht. Zu den wesentlichen Attributen eines normalen Landes gehört (...) der konventionelle Einsatz seiner Streitkräfte. Normale Staaten besitzen normale Armeen, die sie für normale Zwecke einsetzen – wie zum Beispiel zur Verteidigung im Falle eines nicht provozierten Angriffs. Kaum ein anderes Merkmal kündet so eindeutig von nationaler Souveränität.«[11] Allerdings stellte sich 1989 Normalität nicht automatisch mit der deutschen Einheit her; sie musste erst durch Normalisierung hergestellt werden.
Seit dem Wegfall der bipolaren Weltordnung und dem beginnenden Transformationsprozess der NATO wird unter dem Besitz normaler Armeen, unter normalen Zwecken etwas Neues verstanden als bloß konventionelle Streitkräfte zur Landesverteidigung im Falle eines Angriffes. War die alte NATO noch ein Verteidigungsbündnis, so bildete sich mit der neuen NATO eine Militärgemeinschaft zum Zwecke von Angriffen heraus: moderne, schnelle, mobile Eingreiftruppen zur Durchsetzung nationaler Interessen weltweit. Darum ist Deutschland in militärpolitischer Hinsicht zwar auf die eine traditionelle Weise »normal« geworden, auf neue Weise aber »muss« die Bundeswehr sich fortschreitend an eine neue Norm anpassen (normalisieren): Anpassung an das Werdende, das in der teilweisen Aufgabe der militärischen Souveränität zugunsten einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, welche die Umstrukturierung der Bundeswehr erforderlich macht, besteht.

Schritte in diese Richtung wurden gleich Anfang der 1990er Jahre im Zuge der Umstrukturierung der NATO und im Kontext des Golfkrieges 1991, an dem sich die Bundesrepublik aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken hinsichtlich des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes und nicht zu Verteidigungszwecken weitgehend nur finanziell beteiligen konnte, in die Wege geleitet. Schon während des Golfkrieges 1991 wurde von vielen auch im Ausland ein militärisches Engagement deutscher Streitkräfte erwartet. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kommentierte diesen Umstand mit den Worten: »Die Wiedervereinigung hatte der Nation den Wortschatz staatlicher Symbolik zurückgegeben. Jetzt hätte sie zum ersten Mal in dieser Sprache reden müssen. Statt dessen blieb sie stumm und muss nun dafür zahlen.«[12] Die Bundeswehr wurde schließlich sukzessiv zu einer Interventionsarmee umgebaut, aber auch die politischen und rechtlichen Voraussetzungen für einen militärischen Einsatz der Bundeswehr »out of area« mussten erst noch geschaffen werden.

MIT EINER »SALAMITAKTIK« ZUM KRIEGSEINSATZ

Dabei wurde die Bundeswehr von der Bundesregierung mit einer »Salamitaktik« für den Kriegseinsatz vorbereitet, indem sie zunächst im Grauzonenbereich an so genannten »humanitären Einsätzen« beteiligt wurde. Bundeswehreinheiten wurden mit Beschluss des Bundestages z.B. nach Kambodscha, Bosnien (1992) und Somalia (1993) entsendet, um an militärischen »Blauhelm-Missionen« out of area mitzuwirken. Das Grundgesetz konnte hinsichtlich dessen aufgrund einer fehlenden Zweidrittelmehrheit nicht angepasst werden. Die verfassungsrechtliche Hürde wurde statt dessen schleichend genommen: Eilanträge der parlamentarischen Opposition und der an der Regierung beteiligten FDP für einen Stopp der Bundeswehreinsätze wurden vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen, und zuletzt deutete das Bundesverfassungsgericht aufgrund einer eingereichten Klage zu out of area-Einsätzen von Awacs-Flugzeugen, in denen Bundeswehrsoldaten zur Überwachung des Luftraums über Bosnien mitfliegen sollten, die verfassungsrechtlichen Schranken als nicht existent. Von da an waren sämtliche verfassungsrechtlichen Bedenken endgültig ausgeräumt worden. Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Balkankrise (Massaker von Srebrenica 1995), die bei Links-Liberalen ein Umdenken bezüglich des außenpolitischen Selbstverständnisses bewirkte, setzte sich der politische Wille durch, in Krisenregionen »mehr Verantwortung wagen« und gegenüber den Bündnispartnern »mehr Verlässlichkeit zeigen« zu wollen.
Die 1998 gewählte rot-grüne Bundesregierung beschloss gleich nach dem Regierungswechsel unter den in Anspruch genommenen Vorzeichen der Normalität die militärische Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen im NATO-Krieg gegen das Milosevic-Regime und beendete damit endgültig die altbundesrepublikanische Tradition militärischer Zurückhaltung, musste aber dies rhetorisch legit-

imieren, indem sie den serbischen Regierungschef mit Hitler gleichsetzte sowie die Verbrechen an der nicht-serbischen Bevölkerung im Kosovo mit Auschwitz verglich. »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Auschwitz« - zuvor noch unzertrennlich im Selbstverständnis der Deutschen nach 1945 fest verankert gewesen - sind gegeneinander ausgespielt worden und zur Bejahung eines Krieges im Namen der Humanität geworden, um Völkermorde zu verhindern. Die nationalsozialistischen Verbrechen wurden an der düsteren Seite der in der Gegenwart stattfindenden Gewaltexzesse relativiert. Unter die NS-Vergangenheit wurde so ein Schlussstrich gezogen und zur Normalität übergegangen, indem von Verantwortung geredet und zugleich vorgegeben wurde, wie wichtig es sei, die richtigen außenpolitischen Konsequenzen aus einer notwendig in Erinnerung zu behaltenen Vergangenheit zu ziehen.

DER 11. SEPTEMBER UND DIE ENTTABUISIERUNG DES MILITÄRISCHEN

Sehr eindeutig ist dagegen nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 der affirmative Bezug auf geostrategische Interessen und Geopolitik geworden, der Anfang der 1990er noch auf Bundeswehrkreise, das Bundesverteidigungsministerium und ihr konservatives Umfeld beschränkt war. Nunmehr sollte es um die »Positionierung Deutschlands« in einer sich abrupt völlig veränderten Weltordnung gehen.[13] Man wolle im Kampf gegen den Terrorismus nicht »Alliierte zweiter Klasse« sein, nachdem das politische Gewicht Deutschlands nach der Einheit in der Weltpolitik gewachsen sei, kehre man jetzt nicht zur »Scheckbuchdiplomatie« zurück, sondern folge den Prinzipien eines weiterentwickelnden Selbstverständnisses deutscher Außenpolitik, nach dem das Militärische kein Tabu mehr sei. Der 11. September 2001 war insofern für die Enttabuisierung des Militärischen in der deutschen Außenpolitik ein finales katalytisches Ereignis.

Die beiden im Rahmen der globalen Terrorismusbekämpfung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 stattgefundenen Kriege gegen das Taliban-Regime in Afghanistan und zum Sturz des Diktators Saddam Hussein im Irak dienten dem deutschen Staat dazu, den Prozess der militärpolitischen Normalisierung zum Abschluss zu bringen. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 hätten gezeigt, dass eine neue Form der Selbstverteidigung nötig geworden sei, so dass das Militärische nicht mehr tabuisiert werden dürfe. Es gehe vorrangig um die Stabilität der Weltwirtschaft, um ungehinderte Zugänge zu Ressourcen und Märkten, sowie um eine Gewichtsverschiebung in der Weltordnung. Es gehe demnach um eine Positionierung des deutschen Staates in einer neuen Weltordnung, welche eine Erweiterung des nationalen Sicherheitsbegriffs, die »Verteidigung Deutschlands auch am Hindukusch« (Peter Struck) und eine vollständige »Enttabuisierung des Militärischen« (Gerhard Schröder) erforderlich mache.

Während der deutsche Staat sich im Afghanistankrieg seit 2002 mit Kampfeshandlungen noch aktiv beteiligte und immer noch beteiligt, blieb die militärische Unterstützung im Irakkrieg 2003 weitgehend passiv. Die Ausübung normaler Souveränität kann auch bedeuten, Bündnissolidarität zu verweigern, wenn es nationalen Interessen widerspricht. Dass die Bundesregierung nunmehr unabhängig von historischer Schuld eine Verweigerung von Bündnissolidarität ganz schlicht mit nationalen oder ökonomischen Interessen begründen kann, kennzeichnet den definitiven Abschluss des finalen Normalisierungsprozesses. Damit ist selbstredend die Geschichte nicht zu Ende. Aber alles, was an militärischem und kriegerischem Engagement des deutschen Staates noch folgen könnte, basiert auf einer abgeschlossenen Normalisierung und ist allenfalls eine quantitative, nicht aber eine qualitative Neuerung der Normalisierung. Mit einer Ausnahme in Bezug auf Israel: Wenngleich es noch als völlig undenkbar erscheint, dass deutsches Militär - im Rahmen einer UNO-Mission - auf israelischem oder palästinensischem Gebiet eingesetzt wird, so lässt sich allerdings die Tendenz der Annäherung an ein solches Szenario schon beobachten, wenn die Bundeswehr es bereits in den Nahen Osten geschafft hat, d.h. die Marine vor den Küsten Libanons den Seeweg überwachen und den Waffenschmuggel nach Palästina unterbinden darf.

Der von Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf 2002 ausgerufene »deutsche Weg« sollte die inzwischen unpopulär gewordene Formel der »uneingeschränkten Solidarität«, die seit dem 11. September 2001 galt, wieder zurücknehmen - zumindest einschränken. Der »deutsche Weg« erfasste den Kern des Normalitätsbegehrens, dem ein stolzes und selbst- wie traditionsbewusstes Nationalbewusstsein entsprach, das Respekt und Ansehen in der Welt verlangt. ✖

ÜBER DEN AUTOR

- *Dr. Marcus Hawel, Soziologe, Referent im Studienwerk der Rosa Luxemburg Stiftung (Berlin) und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Leibniz Universität Hannover.*

- *Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland. Vorwort von Moshe Zuckermann. Offizin, Hannover, 2007. 448 Seiten. 24,80 EUR. ISBN: 3930345502*

FUSSNOTEN:

- *1 vgl. Phillip Gassert: Ex Occidente Lux? Der Westen als nationaler Mythos der Berliner Republik. in: Vorgänge, Nr. 154, Juni 2001, 15-22. S. 15.*
- *2 Ludolf Herbst, Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag. dtv, München, 2. Aufl., 1996.*
- *3 Gassert: Ex Occidente Lux?. a.a.O., S. 16.*
- *4 Andrei S. Markovits & Simon Reich: Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht. Alexander Fest Verlag, Berlin, 1998. S. 75f.*
- *5 vgl. Christian Meier: »Wir sind ja keine normale Nation«. in: Die Zeit 39/90.*
- *6 vgl. Reinhold Schmücker & Rainer Hering: Identität und Nation. Über eine vermeintliche Zukunftsfrage der Deutschen. in: Rechtsphilosophische Hefte, Bd. 3, Frankfurt a.M., Berlin, New York, Paris, Wien, 1994. S. 34.*
- *7 vgl. Gunter Hofmann: Lauter Versuche, auf der Höhe der Zeit zu bleiben. in: Die Zeit 12/90.*
- *8 siehe z.B. Heinrich August Winkler: Für den Westen - ohne Vorbehalt. in: Die Zeit 47/93.*
- *9 vgl. Heinrich August Winkler: Abschied von der Abweichung - Deutschland am Ende seiner Sonderwege. in: Die Zeit vom 15.12.2000.*
- *10 »Die Sonderwege sind zu Ende«. Gespräch mit Heinrich August Winkler. in: Der Spiegel 40/2000, S. 85.*
- *11 Markovits & Reich: Das deutsche Dilemma. a.a.O., S. 227.*
- *12 FAZ vom 18.02.1991.*
- *13 vgl. Gerhard Schröder: Bekenntnis zur politischen und moralischen Solidarität. in: Die Zeit 39/2001.*



Sexualisierte Kriegsgewalt

Sexismus und Rassismus in Kriegen und Konflikten

TALKE FLÖRCKEN

Aktuell sorgt sexualisierte Gewalt in den Konflikten im Osten Kongos für Schlagzeilen. »Massenvergewaltigungen überschatten Jubiläum: UN räumt scheitern im Kongo ein.« Am 3. September 2010 berichtete diestandard.at unter Berufung auf die dpa über 242 vergewaltigte Frauen in der Provinz Nord-Kivu, die sich nach einer Massenvergewaltigung medizinisch behandeln ließen. Nach Angaben eines Behördenvertreters wurden innerhalb von vier Tagen zwischen Ende Juli und Anfang August fast 390 Frauen vergewaltigt. Die jüngste betroffene Frau sei 16 Jahre, die älteste 75 Jahre alt und einige der vergewaltigten Frauen seien schwanger gewesen. Vertreter der United Nations schätzen, dass bis zu 500 Frauen von sexualisierter Gewalt betroffen sind. Rebellen-Millizen und Regierungstruppen, beide sollen sexualisierte Gewalt als Waffe eingesetzt haben. Auch sechs Männer seien betroffen (www.nytimes.com, 09.08.2010).

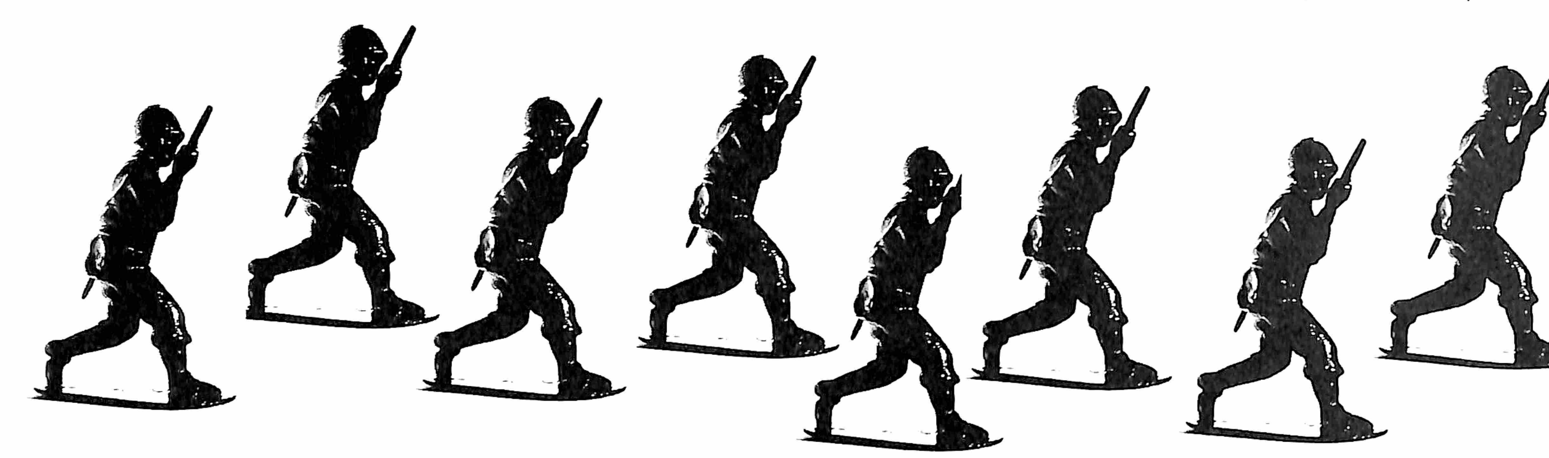
Die aktuellen Berichte schildern eben nicht einzelne Vergehen einzelner Männer, sondern systematische Vergewaltigungen, die strategisch eingesetzt werden. Die Gewalt im Osten Kongos reiht sich ein in eine lange Liste von Kriegen und Konflikten in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten ein, in denen sexualisierte Gewalt gegen Frauen als militärisches Mittel eingesetzt wurde.[1] Allerdings begannen Medien in den 1990er Jahren, sexualisierte Kriegsgewalt stärker zu thematisieren: Die Vergewaltigungen in Bosnien und Herzegowina stellen insofern nach Meinung der Organisation medica mondiale einen Wendepunkt dar, da sie 1992 Aufmerksamkeit in der Berichterstattung und auch in der Öffentlichkeit erlangten. In den nachfolgenden Jahren wurden weitere Fälle publik: Sierra-Leone, Ruanda, Burundi, Kongo, Uganda oder im Sudan, um nur wenige zu nennen.

Die Aufdeckung von sexualisierter Kriegsgewalt, die anschließende Berichterstattung, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und Lobbyarbeit zu diesem Thema führte zur Verabschiedung unterschiedlicher Resolutionen, die derartige Gewaltformen als Menschenrechtsverletzung ächten. Beispielsweise nahm der Internationale Gerichtshof sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in sein Statut auf. Hier sind berücksichtigt: »Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Nötigung zur Prostitution, erzwungene Schwangerschaft, Zwangssterilisation oder jede andere Form sexueller Gewalt von vergleichbarer Schwere« (www.icc-cpi.int). Ebenso gilt die Resolution 1325 »Frauen, Frieden und Sicherheit« des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen als Meilenstein. Claudia von Braunmühl (S. 19 f.) fasst den Inhalt dieser Resolution so zusammen:

»Die Resolution listet einen Katalog von Schutz- und Partizipationsrechten für Frauen und Mädchen in allen Konfliktphasen und in allen Einrichtungen von Konfliktbearbeitung und Friedensförderung auf, fordert umfassenderes Datenmaterial zu den Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen und verlangt ein Ende der Straflosigkeit. Die Umsetzungspflicht dieser international rechtsverbindlichen Normen und die Rechenschaftspflicht liegen auf nationaler Ebene.«

Die Resolution 1325 wurde am 31. Oktober 2000 verabschiedet. Ihre unzureichende Umsetzung führte zu weiteren Resolutionen, von denen drei hervorzuheben sind: die Resolution 1820 (2008), 1888 (2009) und 1889 (2009). In der Resolution 1820 definierten die Vereinten Nationen erstmals sexualisierte Gewalt als »Kriegstaktik« und klassifizierten sie als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Somit wird festgestellt, dass sexualisierte Gewalt eine Bedrohung für den Weltfrieden und die nationale Sicherheit bedeutet. Leider ändern diese Resolutionen wenig an der Tatsache, dass sich strategische und systematische sexualisierte Kriegsgewalt mehrheitlich ungestört fortsetzt: siehe Kongo. »... for her tireless commitment to working with women who have experienced the most horrific sexual violence in some of the most dangerous countries in the world, and campaigning for them to receive social recognition and compensation...«: Mit dieser Begründung erhielt 2008 Monika Hauser, Gründerin von Medica Mondiale e.V. den »alternativen Nobelpreis«, den Right Livlihood Award. Er verhalf dem Thema zu erneuter Aufmerksamkeit.

»The soldiers came and told 5 women to come with them. Two of them had babies. 2 mothers asked questions and were killed on the way. One bullet went through a mother and her baby. By the time they got to forest there were only 2 women, Lumo and her friend. Brought them in the forest. Men from the country. Interahamwe.



They caught her looking at them and they started to beat her. They were afraid of being identified. 50 of them raped her and her friend. She lost her mind. Began at 2:30 and went on till 7pm. They shoved grass in my mouth and tied me with my clothes. After I couldn't walk. They used my clothes and dragged me on the ground. The next day a hunter found me. I was hospitalized for three years. I have fistula from the rapes. I still after 9 operations have fistula. I was going to be married. My husband left me after the rapes. He got his dowry back. My friend ended up dying.«

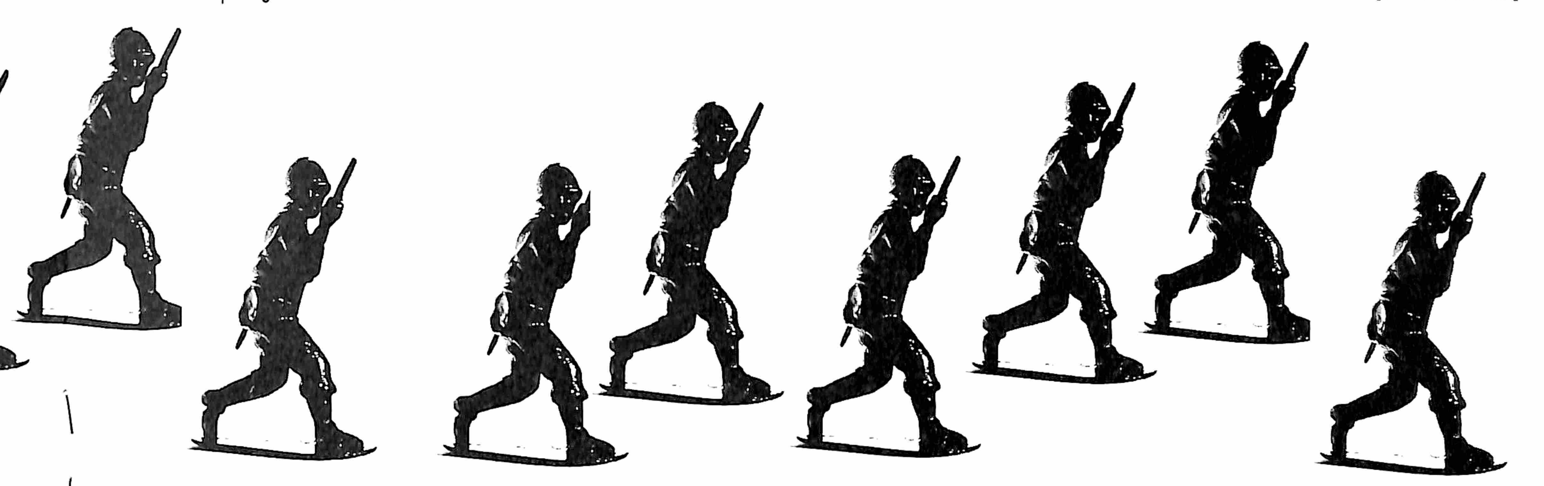
Dieser von Eve Ensler in Bukavu aufgenommener Bericht einer Frau im Rahmen des Projekts »Women Breaking The Silence« entspricht dem, was häufig berichtet wird: Die gezielten und systematischen Vergewaltigungen durch (mehrere) Männer, trifft Frauen aller Altersklassen, schwanger oder nicht. Die Vergewaltigungen finden oft vor den Augen der Ehemänner, Kinder oder Angehörigen statt. Es handelt sich hierbei nicht um Handlungen pathologischer Triebtäter, jedoch um systematisches, taktisches und kalkuliertes Vorgehen. Alexandra Palt hat im Bericht »Frauen: Zerstörung der Person« für Amnesty International aus dem Jahr 2000 Massenvergewaltigung so beschrieben: »Bei Vergewaltigungen geht es nie um Sexualität, sondern um Macht, Unterdrückung und Herrschaft. Massenvergewaltigung in Kriegen haben Methode und System. Die Täter sind nicht einzelne, von der Norm abweichende Männer, die ihren Trieb nicht unter Kontrolle haben, sondern Soldaten, die gezielt und nach Plan handeln.« Bei Vergewaltigungen als Kriegstaktik geht es nach der UN-Resolution 1820 darum, »dass es sich bei der großen Mehrheit der von bewaffneten Konflikten Betroffenen um Zivilpersonen handelt, dass der Einsatz sexueller Gewalt insbesondere gegen Frauen und Mädchen gerichtet ist [...] mit dem Ziel, die zivilen Mitglieder einer Gemeinschaft oder ethnischen Gruppe zu erniedrigen, Macht über sie auszuüben, ihnen Furcht einzuflößen, sie zu zerstreuen und/oder zwangsweise umzusiedeln, und dass die in dieser Weise begangene sexuelle Gewalt in einigen Fällen auch nach der Einstellung der Feindseligkeiten anhalten kann«.

Das durch Massenvergewaltigungen zugefügte Leid ist unvorstellbar: Frauen verlieren während der Vergewaltigungen, Folter und den Verstümmelungen das Bewusstsein oder sterben an den Folgen. Dies auch, weil Behandlungs- und Beratungsangebote oder gynäkologische und allgemeinmedizinische Grundversorgung fehlen, da die medizinische Infrastruktur u.a. konflikt- oder kriegsbedingt zerstört wurde wie Schäfer (2008) berichtet.

Frauen, die sexualisierte Kriegsgewalt erlitten haben, können erstens an emotionalen bzw. psychischen, zweitens physischen und drittens sozialen Folgen leiden. Die Gewalt in kriegerischen Konflikten überschreitet oft das, was Menschen psychisch und sozial verarbeiten können. Der massive Angriff auf die psychische und körperliche Integrität sowie die reproduktive Selbstbestimmung führt zum Beispiel zu Traumatisierungen: Panikattacken, Angst, Depressionen, Psychosen, Flashbacks, posttraumatische Belastungsstörungen, Schlafstörungen, chronische Schmerzen – wie anhaltende Kopf- oder Unterleibsschmerzen – oder Gedanken an Selbstmord sind die Folge und können ein Leben lang anhalten wie medica mondiale auf ihrer Internetseite unter der Überschrift »Traumarbeit« darstellt. Viele der vergewaltigten Frauen leiden nach medica mondiale unter – oft lebenslang anhaltenden – gesundheitlichen Beeinträchtigungen, äußere und innere Verletzungen, wie Verstümmelungen, Fisteln und Beckenbrüche, treten auf. Massiv sind die Ansteckungen mit sexuell übertragbaren Krankheiten wie HIV/AIDS, deren Verbreitung das Ziel der Vergewaltigungen sein kann, wie Braunmühl (S. 10) schreibt. Soziale Folgen sind z. B., dass betroffene Frauen aus Ehen und Familienverbänden aus unterschiedlichen Gründen ausgestoßen werden: Ihnen wird z. B. die Schuld an der Vergewaltigung gegeben oder sie werden als unrein angesehen. Stigmatisierungen und Tabuisierung des Geschehenen sowie Scham über das Erlebte beeinflussen das Zusammenleben, wie Schäfer (2008) beobachtet.

An den sozialen Folgen der sexualisierten Gewalt in Konflikten und Kriegen lässt sich erkennen, dass nicht nur Geschlecht, Sexismus und Krieg miteinander verknüpft sind. Auch Rassismus und Sexismus als Diskriminierungsformen verbinden sich. Jeder Konflikt verläuft anders, hat andere Voraussetzungen und ist bedingt durch den jeweiligen Kontext. Doch verstärken sich Sexismus und Rassismus oft bereits in der Phase der Konflikteskalation, in der es dazu kommen kann, dass Nationalität oder Ethnizität massiv aufgewertet werden, schreibt Schäfer (2009). In ethnopolitischen Konflikten würden, so Miriam Schroer, bestimmte Gruppen »mithilfe ethnischer und geschlechtlicher Kategorien als grundsätzlich ›anders‹ definiert«. Diese Interpretationen können den Beteiligten ermöglichen, klare Grenzen zwischen einem »Innen« und »Außen«, einem »wir« und »anderen« zu ziehen. Die »eigene« und die »verfeindete« Gruppe wird jeweils als geschlossen und einheitlich konstruiert und dadurch eben als solche hergestellt. Das kann in eskalierenden und unsicheren Situationen als Sicherheit und Ordnung stiftend wahrgenommen werden und eine klare Identifizierung – ein »Wir-Gefühl« – ermöglichen.

Als Sicherheit kann ebenso eine Überbetonung vorhandener Geschlechterstereotypen und eine damit einhergehenden Beschränkung und Vereinfachung von vielfältigen existenten Geschlechtervorstellungen empfunden werden. Dazu zählt nach Schäfer (2009, S. 4) z. B., dass das Bild der Frau als »Ikonen der nationalen oder ethnischen Einheit«, der »Reinheit des Volkes« oder der »Hüterinnen von Kultur und Tradition« verklärt wird. Dazu zählt ebenso, dass Frauen als Mütter stark überhöht werden: Frauen bringen nicht Kinder zur Welt, »Mutterschaft selbst wird zur nationalen Tat«. Der Körper der Frau wird in Folge, so formuliert es Claudia von Braunmühl, zum »umkämpften Terrain«, zum »symbolischen Schlachtfeld mannigfacher nationaler und ethnisierter Konfliktlinien«, er wird zum »Austragungsort kultureller Identitäten«. »Mit der Unterwerfung und



Entwürdigung des weiblichen Körpers« – durch sexualisierte Kriegsgewalt – »soll zugleich die Integrität der feindlichen Kultur getroffen werden. In der Frau des ›anderen‹ wird der feindliche Mann gedemütigt.« Die Vergwaltigungen werden als Besitzergreifung der Frauen der verfeindeten Seite inszeniert: Viele Berichte von Vergwaltigungen in Konflikten und Kriegen schildern, dass die Vergewaltigungen gezielt vor den Augen von Familienangehörigen vor allem Ehemännern stattfanden. Ziel ist z. B. eine Demütigung und ein Ehrverlust von Männern, die einer kulturell verankerten Vorstellungen von Männlichkeit entsprechen möchten und sich dementsprechend selbst als Verteidiger und Beschützer weiblicher Familienangehöriger verstehen, wie Schäfer (2008 & 2009) hervorhebt. Diesen Männern würde die Botschaft vermittelt, so Braunmühl, »dass sie schwach und verachtenswert sind und außerstande, die Integrität der Nation sowie die der Frauen zu schützen und die intakte Reproduktion ihrer ethno-nationalen Gemeinschaft zu sichern.« Um die »Ehre« und »Reinheit« der Gemeinschaft zu wahren, werden Frauen dann vielfach von den Familien verstoßen.[2] Die Kinder, die aus den ungewollten Schwangerschaften enstehen, schreibt Schäfer (2008), gelten als »Kinder der Feinde«. Sie bedeuten eine Unterbrechung der Erbfolge und werden wenn nur schwer akzeptiert. Familienstrukturen werden so zerstört und der soziale Zusammenhalt untergraben. Sexualisierte Kriegsgewalt zielt nach Braunmühl auf die Zivilbevölkerung und die Stabilität ihrer Lebensverhältnisse. Vergewaltigungen als Kriegstaktik haben also immer wieder das Ziel, ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher ethnischer Gruppen in Regionen langfristig zu verhindern. So sind die sozialen Folgen dieser Form von Kriegsgewalt weitreichend. Denn nicht nur Sexismus, Rassismus, Krieg und Konflikte sind eng miteinander verbunden: Mit Ende des Krieges und in der Nachkriegssituation hört eben absolut nicht automatisch auch sexualisierte Gewalt auf. ✖

LITERATUR

- *Amnesty International (2000): Frauen: Zerstörung der Person. Massenvergewaltigung als Kriegsverbrechen. www.amnesty.de/umleitung/2000/deu05/015?lang=de (aufgerufen am: 26.09.2010).*
- *Braunmühl, Claudia von (2008): »Geschlechterdimensionen gewaltätig ausgetragener Konflickte in der internationalen Politik«, in: gender... politik...online, Januar 2008. web.fu-berlin.de/gpo/braunmuehl/claudia_braunmuehl.pdf (aufgerufen am: 12.09.2010)*
- *Gunda Werner Institut (k. A.): Nach »Frauen, Frieden und Sicherheit« weitere UN-Resolutionen gegen Kriegsgewalt. www.gwi-boell.de/web/un-resolutionen-un-resolutionen-1642.html (aufgerufen am: 26.09.2010).*
- *medica mondiale e.V. (k. A.): Sexualisierte Gewalt und ihre gesundheitlichen Folgen. www.medicamondiale.org/projekte-themen/themen/gesundheit/ (aufgerufen am: 26.09.2010).*
- *medica mondiale e.V. (k. A.): Trauma-Arbeit: Wenn der Krieg vorbei ist: Kriegstrauma und die Folgen. www.medicamondiale.org/projekte-themen/themen/trauma-arbeit/ (aufgerufen am: 26.09.2010).*
- *medica mondiale e.V. (k. A.): Zeit zu sprechen: Sexualisierte Gewalt in Kriegen und Konflikten. www.medicamondiale.org/fileadmin/content/07_Infothek/Brosch%C3%BCren_Materialien/Zeit_zu_sprechen_-_medica_mondiale_-_2009.pdf (aufgerufen am: 26.09.2010).*
- *Schäfer, Rita (2008): »Zerstörung der sozialen Ordnung«, in: Inwent (Hg.): E+Z, Nr. 09 2008, 49. Jahrgang, September 2008, S. 326-329. www.inwent.org/ez/articles/079224/index.de.shtml (aufgerufen am: 26.09.2010).*
- *Schäfer, Rita (2009): »Männlichkeiten und Bürgerkriege in Afrika – Neue Ansätze zur Überwindung sexueller Kriegsgewalt«, in: GTZ (Hg.): Issue Brief. Eschborn. www2.gtz.de/dokumente/bib/gtz2009-0237de-maennlichkeit-buergerkrieg.pdf (aufgerufen am: 26.09.2010).*
- *Schroer, Miriam (2010): »Gender und Konfliktbearbeitung«, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Konzepte, Strategien und Tätigkeitsfelder. www.bpb.de/themen/E8SLIZ,0,0,Gender_und_Konfliktbearbeitung.html (aufgerufen am: 26.09.2010).*

LINKS

- *medica mondiale e. V. www.medicamondiale.org*
- *Stop rape now (UN action against sexual violence in conflict) www.stoprapenow.org*

FILME

- *Esmas Geheimnis Grbavica (2005) Infos unter: www.esmasgeheimnis.de*
- *Das geheime Leben der Worte (2005) Infos unter: www.clubcultura.com/clubcine/clubcineastas/isabelcoixet/vida_secreta/index.html*
- *Women - the Forgotten Face of War (2002) Infos unter: www.blessblessproductions.com/index27.html*
- *BeFreier und Befreite (1991/1992) Infos unter: www.helke-sander.de*

FUSSNOTEN:

- *1 Frauen und Männer nehmen unterschiedliche Rollen im Konfliktverlauf ein: Frauen und Kinder werden immer häufiger Opfer von Kriegen. Sie stellen auch die überwiegende Zahl an Flüchtlingen. Auch wenn hauptsächlich Mädchen und Frauen von systematischen Vergewaltigungen in Krisen und Kriegen betroffen sind, ist nicht zu vernachlässigen, dass auch Jungen und Männer sexualisierte Gewalt erfahren. Vergewaltigungen von Jungen und Männern unterliegen aber stärkeren Tabuisierungen. Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, dass Frauen nicht per se Opfer von Konflikten und Kriegen sind: Frauen können natürlich in unterschiedlicher Form bis hin zur aktiven Mittäterschaft beteiligt sein. Kombatant/innen können immer sowohl Täter/innen als auch Opfer sein. Vgl. Schäfer (2009), S. 3; Braunmühl (2008), z.B. S. 4.*
- *2 Dies ist aber nur ein möglicher Erklärungsansatz für Vergewaltigungen als Kriegstaktik. Braunmühl verweist diesbezüglich auf Wissensbedarf: »Ein noch viel zu unbekanntes Terrain liegt in den Faktoren, Mechanismen und Funktionen sexualisierter Gewalt gegen Frauen, aber auch gegen Männer.« Vgl. Braunmühl 2008, S. 21.*

Ohne Krieg keine Entwicklung

Über die Militarisierung der Entwicklungshilfe

I JÜRGEN WAGNER

Es kam einem Offenbarungseid gleich, als Ende September beim »Millenniumsgipfel« in New York beraten wurde, ob es gelingen wird, die im Jahr 2000 ausgegebenen Ziele, u.a. Armut und Hunger innerhalb von 15 Jahren zu halbieren, fristgemäß zu erreichen. Angesichts der katastrophalen Bilanz räumte selbst Entwicklungsminister Dirk Niebel ein, man sei »nicht im Plan.« Selbstredend bekundeten die reichen Industrienationen bei dem Gipfeltreffen weiterhin beste Absichten und bekräftigten ihre Zusage, bis 2015 die Offizielle Entwicklungshilfe (Official Development Assistance - ODA) von gegenwärtig 0,31% auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen.
In Zeiten knapper Haushalte ist ein derart »spendables« Verhalten verdächtig. Und in der Tat, gerade die Länder der Europäischen Union haben inzwischen überaus kreative Wege gefunden, wie Entwicklungshilfegelder für sicherheitsrelevante Ausgaben bis hin zur Finanzierung von Militäreinsätzen zweckentfremdet werden können. Mehr noch, über das Konzept der »Vernetzten Sicherheit« droht, wie Peter Runge vom Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) warnt, »dass Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zum festen Bestandteil politisch-militärischer Interventionsstrategien werden und diese unterstützen, flankieren oder legitimieren sollen - wie im Fall der militärischen Interventionen in Afghanistan oder im Irak bereits geschehen.«

KRIEG ALS UNMITTELBARE ARMUTSBEKÄMPFUNG

ODA muss per Definition der unmittelbaren Armutsbekämpfung dienen. Da aber die Attraktivität einer Querfinanzierung sicherheitspolitischer Ausgaben aus Entwicklungshilfetöpfen auf der Hand liegt, hat man sich schon in der Europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 hierfür folgendes Konstrukt einfallen lassen: »Eine Reihe von Ländern und Regionen bewegen sich in einem Teufelskreis von Konflikten, Unsicherheit und Armut.« Während es sich hierbei noch um eine weitgehend unstrittige Tatsache handelt, ist die entscheidende Frage jedoch, wie aus diesem Teufelskreis ausgebrochen werden kann. Dazu heißt es weiter: »Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung.« Ganz ähnlich wird derzeit allerorten argumentiert, etwa auch vom Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Jürgen Thuman: »Die Grundhypothese ›ohne Entwicklung keine Sicherheit‹ stellt sich häufig genau anders herum dar: ›Ohne Sicherheit keine Entwicklung‹.«
Auf dieser Basis werden inzwischen sicherheitsrelevante Maßnahmen bis hin zu Kriegseinsätzen schamlos zu entwicklungspolitischen Projekten umgedeutet. konsequenterweise entschieden deshalb die im OECD-Entwicklungsausschuss versammelten 22 reichsten Industrienationen (plus die EU-Kommission), die sog. ODA-Kriterien, die definieren, was als Beitrag zur unmittelbaren Armutsbekämpfung zählt, in den Jahren 2004 und 2005 erstmals um verschiedene sicherheitspolitische Aspekte zu erweitern. Dies hatte zur Folge, dass die Ausgaben in diesem Bereich von nahezu null auf 1,5 Mrd. Dollar im Jahr 2008 anstiegen (neuere Zahlen liegen nicht vor). Über eine halbe Milliarde davon flossen in sogenannten Sicherheitssektorreformen. Darunter fallen Maßnahmen mit so zweifelhaften Positiveffekten für die Armutsbekämpfung wie etwa die Kosten für die Erstellung sicherheitspolitischer Weißbücher für Armenien und Aserbaidschan durch die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Auch Teile der Kosten der EU-Mission EUPOL Kinshasa (jetzt: EUPOL RD Congo), die den Aufbau paramilitärischer »Integrierter Polizeieinheiten« im Kongo überwacht und anleitet, können nun, ebenso wie Sicherheitssektorreformen in zahlreichen weiteren Ländern, als Entwicklungshilfe deklariert werden.
Obwohl westliche Militäreinsätze - noch - nicht als ODA abgerechnet werden können, fand man auch hier einen Umweg über eine relativ neue Form der Stellvertreterkriege. Besonders die »African Peace Facility« (AFP), deren Budget aus dem Europäischen Entwicklungsfonds stammt, entpuppt sich dabei als eine perfide Form der »Hilfe zur Selbsthilfe«. Sie dient der Finanzierung von »Friedensmissionen« der Afrikanischen Union (AU), wobei bislang 600 Mio. Euro für Einsätze im Sudan (AMIS), auf den Komoren (AMISEC) in Somlia (AMISOM) sowie in der Zentralafrikanischen Republik (MICROPAX) ausgegeben wurden. Obwohl diese Einsatzfinanzierung eigentlich nicht im Einklang mit den derzeitigen Kriterien steht, rechnet Deutschland seinen Anteil in Höhe von 25% als ODA ab, wie im Februar 2010 von der Bundesregierung eingeräumt wurde (Drucksache 17/766).
Die Kerndebatte dreht sich jedoch um die Frage, ob die Kosten westlicher Militäreinsätze künftig als Entwicklungshilfe umgebucht werden können. So bizarr sich das anhört, genau dies wird immer vehementer gefordert, u.a. von den USA und Deutschland. Sollte sich diese Forderung durchsetzen, könnte eine drastische Erhöhung der weltweiten Entwicklungshilfe vorgegaukelt werden - allein die deutschen Beiträge würden um 25% »steigen«. Worum es dabei geht ist klar und wurde vom CDU-Haushaltspolitiker Ole Schröder mit beeindruckender Offenheit auf den Punkt gebracht: »Missionen wie zum Beispiel in Nordafghanistan und im Kongo sind eindeutig Entwicklungshilfe.« Entlarvend ist Schröders Zusatz, durch eine Finanzierung solcher »humanitärer Missionen« aus dem Entwicklungshilfe-Etat könne der Rüstungshaushalt »in Millionenhöhe entlastet« werden.

VERNETZTE SICHERHEIT

Die Zweckentfremdung der Entwicklungshilfe beschränkt sich jedoch nicht auf reine Querfinanzierungen, sie geht noch viel weiter. Einfallstor hierfür ist die »Vernetzte Sicherheit«, die im Weißbuch der Bundeswehr folgendermaßen beschrieben wird: »Staatliches Handeln bei der Sicherheitsvorsorge wird künftig eine noch engere Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung voraussetzen.« Zur Erfüllung des Auftrags - und das ist und bleibt nun einmal die Durchsetzung der jeweiligen ökonomischen und strategischen Interessen im Einsatzland - sollen künftig sämtliche zur Verfügung stehenden Kapazitäten mobilisiert werden, so die



Kernidee des Konzeptes. Deutsches Geld für deutsche Belange, heißt denn auch Niebels Motto: »Ja, ich will sie [die Entwicklungshilfe] mehr als bisher an unseren eigenen Interessen ausrichten.«
Neben zahlreichen anderen Maßnahmen soll die Entwicklungshilfe künftig vor allem einen direkten Beitrag zur Aufstandsbekämpfung leisten. Verständlicherweise lehnen es die meisten Nichtregierungsorganisationen (NROs) jedoch ab, unter die Fuchtel des Militärs zu geraten. So kritisiert VENRO: »Das Konzept der ›Vernetzten Sicherheit‹ – im NATO-Jargon ›Comprehensive Approach‹ – bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ›Aufstandsbekämpfung‹ untergeordnet ist. [...] Für die Hilfsorganisationen bedeuten die genannten Tendenzen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit und zur Unterordnung der Entwicklungshilfe unter politisch-militärische Zielsetzungen eine deutliche Erschwerung und Einschränkung ihrer Arbeit. Sie schaden dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der NRO als unabhängige und unparteiliche humanitäre Akteure. Im Extremfall führt dies dazu, dass Hilfsorganisationen von Teilen der Bevölkerung als Parteigänger des Militärs gesehen und von Aufständischen als vermeintlich legitime Angriffsziele eingestuft werden.«
Erbost ob der Renitenz seitens der NROs hat Entwicklungsminister Dirk Niebel inzwischen die Daumenschrauben erheblich angezogen. Intern wurden zahlreiche Stellen im Bundesministerium für Zusammenarbeit (BMZ) neu besetzt. Vor allem die Begründung, weshalb Oberst a.D. Friedel H. Eggelmeyer zum Verantwortlichen für die Entwicklungszusammenarbeit mit Nordafrika, Nahost und Afghanistan ernannt wurde, ist interessant. Die Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Gudrun Kopp, erklärte hierzu im Bundestag: »[Eggelmeyer] verfügt [...] über umfangreiche Erfahrung und Kompetenz im Bereich der vernetzten Sicherheit und trägt somit maßgeblich dazu bei, die Kohärenz zwischen entwicklungs-, außen- und sicherheitspolitischen Aspekten sicher zu stellen.« Und auch Niebel meint: Eggelmeyer »beherrscht [...] die Sprache der Bundeswehr so, dass mein Ministerium vernünftig mit den Streitkräften zusammenarbeiten kann.«
Darüber hinaus ging Niebel schon im Januar 2010 buchstäblich in die Offensive, als er offen drohte: »Wenn einige Nichtregierungsorganisationen eine besondere Bundeswehrferne pflegen wollen, müssen sie sich andere Geldgeber suchen.« Dass es sich hierbei nicht um leere Worthülsen handelte, untermauerte der Minister Anfang Mai, als er eine neue NGO-Fazilität für Afghanistan vorstellte. In dem Fördertopf sind 2010 Millionen Euro enthalten, die ausschließlich an NROs vergeben werden, die sich explizit dem Konzept der »Vernetzten Sicherheit« und damit der Kollaboration mit dem Militär verpflichtet fühlen.
Ein Vorschlag Niebels scheint jedoch zunächst einmal vom Tisch zu sein, nämlich die Abschaffung des Entwicklungsministeriums und seine Überführung ins Außenamt. Erfreulicherweise hatte sich hiergegen in Deutschland einiges an Widerstand geregt, weshalb dies auf absehbare Zeit wohl kaum nochmals ernsthaft aufs Tapet gebracht werden dürfte. Umso zynischer ist es deshalb, dass derzeit auf EU-Ebene ein noch ambitionierteres Vorhaben ohne allzu viel Aufsehen umgesetzt wird.

EUROPAS MILITÄRISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

Im Juli 2010 gaben EU-Parlament und Rat endgültig grünes Licht zum Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), der bis Ende des Jahres an den Start gehen soll. Nahezu unbemerkt – und unkritisiert – wurde damit beschlossen, eine Superbehörde aufzubauen, die, verglichen mit Deutschland, das Verteidigungs-, Außen- und große Teile des Entwicklungsministeriums in sich vereint.
Ganz im Sinne der »Vernetzten Sicherheit« wird im EAD zusammengeworfen, was nicht zusammengehört. Fast alle militärischen und zivilmilitärischen Strukturen werden in den EAD integriert und die bisher getrennt erfolgende strategische Planung ziviler und militärischer Einsätze aufgelöst. Vor diesem Hintergrund warnt Alain Délétroz von der International Crisis Group, mit dem EAD erhalte das Krisenmanagement auf EU-Ebene einen »stark militärischen Geschmack.« Zivile Aspekte drohten im neuen EAD militärlogischen Erwägungen untergeordnet zu werden: »Jetzt schauen wir in eine Zukunft, in der Militärexperten die Planung ziviler Missionen übernehmen.«
Fast noch problematischer: künftig wird der EAD, in dem das Militär eine wesentliche Rolle spielen wird, für die Vergabe der EU-Entwicklungshilfe (und anderer Finanzinstrumente) verantwortlich sein. Deshalb besteht die Gefahr, dass künftig Gelder zunehmend nach sicherheitspolitisch-militärischen Gesichtspunkten »umprogrammiert« werden. Dies jedenfalls ist die – berechtigte – Sorge vieler Entwicklungsorganisationen. So heißt es etwa in einer gemeinsamen Erklärung von CIDSE (Frankreich) und CAFOD (Großbritannien): »Der gegenwärtige Vorschlag verwischt die Unterscheidung zwischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, was zu einer Unterordnung von Entwicklung und Armutsbekämpfung unter sicherheits- und außenpolitische Prioritäten führen wird.« Zwar erhält der Entwicklungskommissar gewisse Mitspracherechte; was allerdings passieren dürfte, sollten außen- bzw. sicherheitspolitische Interessen mit den Zielen der Armutsbekämpfung kollidieren, ist schon heute absehbar, wie CIDSE und CAFOD kritisieren: »Während der Vorschlag der Hohen Vertreterin [EAD-Chefin Catherine Ashton] für den Entwicklungskommissar eine überwachende Rolle bei der Gelderprogrammierung vorsieht, versäumt er es zu erwähnen, wie dies in der Praxis vonstatten gehen soll. Da die Entscheidungsfindungsprozesse nicht präzisiert sind, befürchten wir, dass im Falle von Uneinigkeit die Meinung der Hohen Vertreterin die des Entwicklungskommissars überstimmen wird.«

FAZIT

Um hier nicht Gefahr zu laufen, nostalgisierend schönzureden, was nicht schönzureden ist: Entwicklungshilfe war schon immer auch ein Mittel, um die Interessen der Geberländer durchzusetzen. Doch die Dreistigkeit und Unverfrorenheit, mit der in jüngster Zeit Gelder, die eigentlich der Armutsbekämpfung dienen sollten, zur Finanzierung militärischer Vorhaben zweckentfremdet werden, schlägt dem Fass endgültig den Boden aus. ✖

Die Bundeswehr im Kampf

... um Personal und Akzeptanz für Kriegseinsätze

I MARTIN SINGE

Seit 2001 kämpft die Bundeswehr in Afghanistan. Angeblich, um die Sicherheit und Freiheit Deutschlands am Hindukusch zu verteidigen. Anfangs hieß es – in der Orwell'schen Sprache herrschender Politik – »Aufbaueinsatz«. Inzwischen wird der Krieg auch Krieg genannt. Die völkerrechtliche Bewertung als »nicht internationaler bewaffneter Konflikt« soll die Soldat_innen vor dem Zugriff des normalen Strafrechts schützen. Die Bundeswehr beteiligt sich an der offensiven Aufstandsbekämpfung. Gleichzeitig kommen heute mehr Särge mit deutschen Soldaten aus Afghanistan zurück.

Angesichts des Krieges geraten die Bundeswehr und die sie bestimmende Politiker_innen immer stärker in Rechtfertigungsnöte. Denn die Mehrheit der Bevölkerung – etwa Zweidrittel – will diesen Krieg nicht. Der allgemeinen Kriegsunwilligkeit stellen sich Bundesregierung und Bundeswehr mit Propagandainitiativen im öffentlichen Raum entgegen. Militär- und Waffenschauen, öffentliche Gelöbnisse und Zapfenstreiche sollen Akzeptanz schaffen. 2009 fanden über 180 öffentliche Gelöbnisse und 12 große Zapfenstreiche statt. 1.346 mal trat das Bundeswehr-Musikkorps auf. Weitere 98 militärische Zeremonien wurden inszeniert.

Zugleich können nicht mehr genug Berufs- und länger dienende Soldaten rekrutiert werden. Die Bundeswehr sucht diese Lücken mit Werbeoffensiven zu füllen. Dabei geraten die Einrichtungen ins Visier, an denen Jugendliche lernen, ausgebildet werden und eine berufliche Perspektive suchen. Werbeauftritte der Bundeswehr auf Festen, bei Messen, in Schulen, Betrieben und Arbeitsagenturen sind an der Tagesordnung und werden durch offizielle Kooperationsabkommen institutionalisiert.

Schon seit längerem hat die Bundeswehr ihre Öffentlichkeitsoffensiven verstärkt, um Personal für die neuen Kriege zu gewinnen. Die neuen Kriege werden geführt für Absicherung und Durchsetzung bundesdeutscher Interessen – Rohstoffe, Handelswege usw. - in aller Welt. So kann man es im Weißbuch der Bundeswehr lesen, von Ex-Präsident Köhler hören oder auch jüngst vom Präsidenten der Industrie- und Handelskammer vernehmen. Der »Kampf um die Herzen und Köpfe« an der Heimatfront kann sich kriegsentscheidend auswirken – das hat die in Vietnam gescheiterte »Hearts and Minds Campaign« in den USA bewiesen.

DER ANGRIFF DER BUNDESWEHR AUF DIE SCHULEN

»Sehr geehrte Damen und Herren, die Jugendoffiziere Freiburg starten in das neue Schuljahr und möchten Ihnen wieder unser lehrplanabgestimmtes Programm anbieten ... Wir, das Team der Jugendoffiziere Freiburg, haben beide teilgenommen am Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan und können somit aus ›erster Hand‹ über friedenssichernde Maßnahmen und Konfliktbewältigung im Ausland berichten. Wir freuen uns auf Ihre Einladung, Ihre Jugendoffiziere in Freiburg ...« Dieser Brief ging am 23.11.2009 an die Fachschaften Geschichte, Gemeinschaftskunde, Religion und Ethik der Freiburger Schulen.

Die Institution »Jugendoffizier« wurde als Propagandainstrument bereits 1958 eingeführt, um den Widerstand breiter Kreise der Bevölkerung gegen Wiederbewaffnung und Remilitarisierung zu brechen. Die rund 100 hauptamtlichen Jugendoffizier_innen werden nach einem Hochschulstudium insbesondere in Rhetorik, Sicherheitspolitik und Jugendsoziologie geschult. Für diesen Einsatz werden sie heute in der »Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr (AIK)« in Strausberg bei Berlin vorbereitet. Jährlich erreichen die Jugendoffizier_innen in über 8.000 Veranstaltungen rund 200.000 Teilnehmende. Über 175.000 davon sind Jugendliche. Dazu zählen »Besuche bei der Truppe«, Seminarfahrten, Großveranstaltungen, Stände auf Messen u.a.m. Inzwischen werden Jugendoffizier_innen offiziell in der Lehrer_innen Ausbildung tätig. In einigen Bundesländern sind sie in den Instituten für Lehrer_innen Weiterbildung als Dozenten aufgeführt.

Mittlerweile geht die Bundeswehr dazu über, die Kooperation mit Schulen durch offizielle Kooperationsvereinbarungen mit den Kultusministerien zu verrechtlichen. In fünf Bundesländern sind bereits Verträge unterzeichnet worden. Im Wortlaut der meisten Verträge heißt es: »Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein.« Die Schüler_innen sollen lernen, wie im Weißbuch der Bundeswehr nachzulesen ist, dass Deutschland seine weltweiten (Rohstoff-) Interessen notfalls auch militärisch durchsetzen bzw. absichern müsse. Im Jahr 2009 wurden in den Schulen 115.000 Jugendliche von Jugendoffizier_innen und 281.000 von Wehrdienstberater_innen erreicht. Ausdrücklich wird in den Verträgen »die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften« festgelegt. Während im Jahr 2003 nur 50 Referendar_innen Ausbildungsangebote der Bundeswehr nutzten, waren es 2009 bereits 1.073. Außerdem haben 3.266 Lehrer_innen Fortbildungen beim Militär besucht.[1]

Zwar stellt sich die Bundeswehr formal hinter den »Beutelsbacher Konsens[2]« von 1976, dem gemäß einseitige Einflussnahme im Schulunterricht untersagt ist. Praktisch werden jedoch mit den Kooperationsvereinbarungen Tür und Tor geöffnet für eine systematische Einflussnahme des Militärs in der Schule.

Eine obskure »Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V.« verbreitet kostenlose Materialien »Frieden & Sicherheit« für den Schulunterricht. Fachlich beraten wird diese AG laut Impressum vom »Bundesministerium der Verteidigung«. Der Verlag ist hauptsächlich Eigentum der FDP. Als weiterer Partner wird u.A. die Bertelsmann-Stiftung genannt. Finanzier ist die Bundesregierung: 330.000 Euro kostete 2008/09 die Erstellung neuer Schüler- und Lehrer-Hefte. 2007 wurden 325.000 Schüler- und 16.000 Lehrerhefte angefordert. Auf den ersten Blick kommen die Materialien problemorientiert offen daher, bei genauerem Blick fällt die einseitige Einflussnahme auf. So verweisen diverse Links auf regierungsamtliche Einrichtungen wie das »Verteidigungsministerium« und die Bundeswehr. Links zu den Seiten der Friedensbewegung sucht man vergeblich. Der Zivildienst wird zwar thematisiert, aber das Thema Kriegsdienstverweigerung ausgeblendet.



Neben diesen wissensorientierten Angeboten gibt es für die Älteren das Simulationsspiel POL&IS (Politik und internationale Sicherheit), ein Rollenspiel, in dem es um Globalisierung und Ressourcenverteilung geht. Es wird unter Anleitung eines Jugendoffiziers gespielt und läuft auf militärische Interventionen als nahe liegende Konfliktlösung hinaus. Ein Pädagoge resümiert nach dem Spiel »Dass gerade friedensbewegte Schüler aufgerüstet hätten, sei ein ›Element der Orientierung‹ an der Realität.« Ein Jugendoffizier: »Es gibt immer welche, die vorletzte Woche noch bei der Hand-in-Hand-Lichterkette mitgemacht haben und jetzt Krieg führen wollen.«[3] – Für die Jüngeren gibt es Kasernenbesuche und Zielübungen in Schießsimulatoren. Ein Soldat prahlte vor Achtklässlern aus Ostholstein: Das computeranimierte Schießkino sei »tausend Mal besser als die Spielkonsole zu Hause« (Süddeutsche Zeitung, 26.3.2010). Bei Kasernenbesuchen und Waffenschauen wird bei der Technikbegeisterung der Jugendlichen gezielt angesetzt und diese schamlos ausgenutzt.

In den Medien für Schüler_innen ist die Bundeswehr zunehmend präsent. Redakteure von Schüler_innenzeitungen werden zu Jugendpressekonferenzen eingeladen, z.B. auf den Fliegerhorst eines Jagdbombergeschwaders in Nörvenich oder zu einer Marinetechnikschule an der Ostsee. In den Schüler_innenzeitungen geraten die Berichte darüber zur Bundeswehr-Werbung aus Schüler_innenhand. Im Jahr 2008 platzierte die Bundeswehr in über 170 Schüler_innenzeitungen Werbe-Anzeigen, u.A. mit Werbung für ein kostenloses Abo ihrer Jugendzeitschrift »infopost«. Auch in den Abiturientenzeitschriften »Unicum«, dem Handelsblatt-Magazin »Junge Karriere« und in den ZVS-Infos wirbt die Bundeswehr um die jungen Menschen, die Ausbildungs- oder Studienplätze suchen. Eine zentrale Internet-Seite findet sich unter »treff-bundeswehr.de«: »Unsere Community richtet sich an junge Menschen zwischen 14 und 21 Jahren, die ein allgemeines Interesse an der Bundeswehr haben oder eine Karriere bei uns anstreben.« Generell ist von »Deiner Bundeswehr« die Rede, und der User wird selbstverständlich mit »Du« angesprochen. Auf ältere Jugendliche ist die Seite »bundeswehr-karriere.de« zugeschnitten. Hier wird offensiv für den »Arbeitgeber Bundeswehr« geworben: überall blinkt dem Lesenden »Studium ohne Gebühren« oder »Studieren und verdienen« entgegen.

DIE BUNDESWEHR AUF AKZEPTANZSUCHE IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Der Kampf um die »Herzen und Köpfe« – emotionale und rationale Zustimmung zur Bundeswehr und ihren kriegerischen Einsätzen – ist das zentrale Motiv für die offensive Selbstdarstellung der Bundeswehr im öffentlichen Raum. Hier geht es nicht so sehr um Nachwuchswerbung, sondern um »Akzeptanzmanagement«. Öffentliche Auftritte und Rituale sollen der Bevölkerung signalisieren, dass die Bundeswehr ihre Interessen vertrete. Für öffentliche Militärrituale sollen in 2010 rund 500.000,- Euro ausgegeben werden.

Vor allem Rituale wie Zapfenstreiche und Gelöbnisse sprechen Gefühlsebenen an und sind auf emotionale Zustimmung ausgerichtet. Der Staat stellt sich als sinnstiftende Größe dar, für die zu kämpfen und zu sterben sich lohne. Die Verabschiedung von Truppen ins Ausland wird in zeremonielle Programme gebettet, z.B. die Entsendung der Quick-Reaction-Force aus Augustdorf (bei Detmold) im Sommer 2008: Ein Blasorchester umrahmt das Aussendungsritual mit Marschmusik. Die Truppen marschieren feierlich ins Stadion ein: geführt von Wimpel- und Fahnenträgern und umringt von ausgestellten Panzerfahrzeugen und gehissten Fahnen. Der per Hubschrauber einfliegende Verteidigungsminister spricht feierliche Worte in Sachen Verantwortung für den Frieden: Deutsche Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt. Alles in allem eine pseudoreligiös inszenierte Aussendungsfeier: »Gehet hin in alle Welt ...« – Die religiöse Feier folgt, wenn Särge zurückkommen. Aus der Predigt des Militärgeneralvikars W. Wakenhut bei der Trauerfeier für die Gefallenen am 24. April 2010 in Ingolstadt: »Diese haben für andere Verantwortung übernommen – und damit ein Zeichen gesetzt (...) Dieser Einsatz für eine einzige Menschenfamilie ist lohnend. (...) Am Ende des Matthäusevangeliums sagt er (Jesus) zu seinen Jüngern: Darum geht zu allen Völkern, und macht sie zu meinen Jüngern (...)«

Im April 2010 kamen kurz hintereinander erst drei, dann vier Soldaten der Bundeswehr im Gefecht um ihr Leben. Statt Entsetzen über die Sinnlosigkeit dieses Todes oder zumindest einfach nur Trauer und Mitgefühl mit den Angehörigen auszudrücken, wird der Tod der Soldaten manipulativ ausgebeutet und instrumentalisiert. In ihren Reden beschwören die politisch Verantwortlichen einen übergeordneten Sinn des Todes. Ein Sinn dieses Sterbens wird herbeigeredet, indem vor allem Durchhalte- und Weitermach-Parolen ausgegeben werden. »Wenn wir weiterkämpfen, war ihr Tod nicht umsonst«, wird den Hinterbliebenen, der Bevölkerung und den Soldaten suggeriert. Die im »friendly fire« gleichzeitig erschossenen sechs Soldaten der afghanischen Armee finden während der Trauerfeier keine Erwähnung. Erschossene oder verstümmelte »Feinde« oder Zivilisten sind erst recht kein Thema.

Das Ende 2009 eingeweihte Ehrenmal für gefallene Soldat_innen, aufgestellt in einer menschenleeren Gegend Berlins am Bendlerblock, integriert in das »Verteidigungsministerium«, soll dazu dienen, dem Soldatentod eine besondere Sinnhaftigkeit zu verleihen. Unterstellt wird, sie seien gefallen für »Ehre und Vaterland«. Besucher der kalt und nüchtern ausgestatteten Ehrenhalle erhalten die Broschüre »Das Ehrenmal der Bundeswehr«. Die Broschüre hebt hervor, dass die Anordnung der Bronze-Ausstanzungen am Hallenäußeren am Morsealphabet orientiert ist und den Gelöbnistext der Soldaten zitiert. Es folgt die Beschreibung der Cella und die Erklärung der Widmung des Ehrenmals: »Durch das Oberlicht (in der Cella) wird der strenge Raum zum Himmel geöffnet: ein zeitloses Symbol für das Überschreiten der erfahrbaren Grenzen und der sinnlich erkennbaren Welt. (...) Beim Verlassen der Cella geht der Besucher auf eine goldschimmernde Wand zu. Ihr strahlender Glanz steht in deutlichem Gegensatz zur dunkel gehaltenen Cella. Gold ist in allen Kulturen ein zeitloses Sinnbild des Übernatürlichen und Ewigen und der damit verbundenen Hoffnungen. (...) In der goldenen Wand ist in erhabenen Buchstaben die Widmung zu lesen:
›DEN TOTEN UNSERER BUNDESWEHR FÜR FRIEDEN,
RECHT UND FREIHEIT‹.«[4]

LEGITIMATIONSIDEOLOGIEN – DIE »HUMANITÄRE INTERVENTION«

Inhaltlich versucht die Bundeswehr seit den Balkankriegen in den 90er Jahren, allen Kampfeinsätzen eine humanitäre Note zu verleihen. In Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen werden Militär-Interventionen als einzige und alternativlose Lösung vorgestellt. Oft müssen konstruierte Gräueltaten für die Rechtfertigung von Kriegseinsätzen herhalten. Im Fall des Irak 2003 wurden Massenvernichtungswaffen erfunden und ein präventives Losschlagen als einzige Möglichkeit »der Weltgemeinschaft« angepriesen. Auch wenn Deutschland 2003 beim Irak-Krieg nicht direkt beteiligt war, hat es diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg unterstützt (u.A. Überflugrechte, Bewachung von US-Kasernen, AWACS-Aufklärungsflüge).
Krieg wird in den Legitimationsideologien immer verharmlosend dargestellt, als bedeute er die Anwendung von Nothilferecht. Als könnte punktgenau beim Gegner »das Böse« ausgeschaltet werden: mit »chirurgischen Luftschlägen« vor allem. Opfer dieser »Operationen« werden als »Kollateralschäden« verharmlost oder verschwiegen. Die »UNO« - fest in der Hand der tonangebenden Weltmächte - produziert die gewünschten Mandate, die nicht von der UNO umgesetzt werden, sondern zu 100% in die Hände des Auftragnehmers NATO übergehen. Die NATO macht aus den Mandaten, was sie will, oder integriert z.B. Schritt für Schritt das ISAF-Mandat (International Security Assistance Force) der UNO in den nicht legitimierten OEF-Krieg (Operation Enduring Freedom). Es ist also falsch, jedes UN-Mandat als tragenden Legitimationsgrund für kriegerische Maßnahmen anzuerkennen.

DER SOLDAT DER ZUKUNFT

Einerseits wird der Soldat in der Werbung der Bundeswehr nach wie vor als Aufbau- bzw. Katastrophenhelfer, als Staatsbürger oder gar »Weltbürger in Uniform« dargestellt und ein kriegsfernes Berufsbild suggeriert. Andererseits können die wirklichen Anforderungen nicht völlig verborgen werden. Vor allem in Militärzeitungen, die über künftige Strategien, Wehrtechnik-Entwicklungen und Ausrüstungsanforderungen berichten, wird das konkrete Bild des Soldaten als Kämpfer dargestellt. Hiervon soll ein bestimmter Typus von Mann (vor allem) besonders angezogen werden. Die geheim operierende Elitetruppe Kommando Spezialkräfte (KSK; seit 2002 in Afghanistan im Einsatz) setzt auf solche Bewerber. Da ist von Brunnenbohren keine Rede mehr. Wolfgang Ischinger, Chef der »Münchener Sicherheitskonferenz«, spricht am 4.1.2010 Klartext: »Soldaten werden dazu ausgebildet, Andere notfalls umzubringen - oder zumindest so zu bedrohen, dass diese es als glaubwürdig betrachten, umgebracht zu werden, wenn sie nicht das tun, was man von ihnen erwartet. Das ist der Zweck. Wenn man das nicht braucht, dann kann man das Technische Hilfswerk und die Polizei schicken.«
Als »Soldaten der Zukunft« braucht die Bundeswehr einsatzfähige und kampfbereite Soldat_innen, um alle Elemente der neuen Militärstrategien umzusetzen. Diese neuen Strategien sind auf nationaler Ebene (Weißbuch 2006), auf EU-Ebene (Europäische Sicherheitsstrategie) und auf NATO-Ebene formuliert.[5] Im November 2010 soll in Portugal eine überarbeitete Strategie verkündet werden. Die NATO will sich als globale militärische Interessenvertretung definieren und unterminiert dabei tendenziell die UNO. Die Aufstellung der NATO-Response Force (NRF) sowie die Aufstellung von EU-Battle-Groups sollen weltweite Interventionen auf mehreren Konfliktfeldern gleichzeitig ermöglichen. Die neuen Eingreiftruppen sind einerseits kompatibel aufeinander abgestimmt, andererseits will die EU auch eigene Optionen umsetzen können. Rechtlich hat das Bundesverfassungsgericht alle grundgesetzlichen Einschränkungen (Bundeswehr nur zur Verteidigung: Art. 87a GG) aufgehoben. Das geschah zuletzt durch das »Tornado-Urteil« (9.3.2007) in Sachen Afghanistan, das der Bundesregierung praktisch einen Freibrief für weltweites militärisches Handeln ausgestellt hat: Solange die NATO die Sicherheit des euro-atlantischen Raumes als Zielperspektive habe, dürfe sie diese auch weltweit »verteidigen«.
Die aktuellen »Risiken« werden in allen Militär-Strategien ähnlich dargestellt: Terrorismus, Weiterverbreitung von Atomwaffen, zerfallende Staaten, Unterbrechung von Rohstoffzufuhren oder -transportwegen, Flüchtlingsströme. Es geht um wirtschaftliche und geostrategische Interessen und um die Aufrechterhaltung eines Rahmens von »Sicherheit und Ordnung« für deren Durchsetzung. Die Interessen und Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger der Erde im Sinne von Gerechtigkeit, Menschenrechten und Demokratie werden nicht einmal in den Blick genommen. Statt das Hungerproblem der Welt strukturell anzugehen, suchen die westlich-reichen Staaten ihre Rohstoffinteressen abzusichern und dazu weltweit strategische Stützpunkte und willige Regime einzurichten. Alle wesentlichen globalen Problemfelder werden in militärischer Logik interpretiert. Wenn zivile Lösungs-Ansätze hinzugedacht werden, dann nur als Unterordnung unter die militärischen Optionen, also als so genannte zivil-militärische Zusammenarbeit. Dies aber hat nichts mit den friedenspolitischen Forderungen nach ziviler Konfliktbearbeitung gemein.

»SEID UNBEQUEM, SEID SAND, NICHT DAS ÖL IM GETRIEBE DER WELT.« (GÜNTER EICH)

Die aktuelle Einflussnahme der Bundeswehr auf immer mehr Lebensbereiche vor allem Jugendlicher darf nicht unwidersprochen hingenommen werden. Wir haben gute Argumente, den Kriegsbegründungen der Regierung entgegenzutreten. Wir können selbst Alternativen entwickeln und politisch einfordern. Friedenspolitik statt Aufrüstung und Krieg! Jede und Jeder kann jetzt damit anfangen - oder weitermachen! ×

ÜBER DEN AUTOR

× *Martin Singe arbeitet beim Komitee für Grundrechte und Demokratie in Köln. Der Text basiert auf einer umfangreicheren Bürger_innen-Information des Komitees mit dem Titel »Die Bundeswehr greift in Deutschland an« (A-6-Heftchen mit 40 Seiten; 20 Ex. Kosten 10,- Euro; Einzelexemplare auf Anfrage kostenfrei: info@grundrechtekomitee.de; vgl. auch www.grundrechtekomitee.de)*

FUSSZEILE:

× 1 *Zahlen aus Bundestags-Drucksache 17/1315.*

× 2 *Der Beutelsbacher Konsens wurde auf der Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im Herbst 1976 erzielt. Er legt die Minimalbedingungen für politische Bildung fest: 1. Überwältigungsverbot / Indoktrinationsverbot 2. Kontroversität / Ausgewogenheit 3. Schüler_innenorientierung.*

× 3 *Zit. nach: M. Schulze von Glaßer, Die Eroberung der Schulen. IMI-Studie Nr. 2/2010, 18.1.2010, S. 10.*

× 4 *Aus: BMVg, Hg., Das Ehrenmal der Bundeswehr, Berlin, November 2009.*

× 5 *Vgl. Komitee für Grundrechte und Demokratie: 60 Jahre NATO, 60 Jahre Friedlosigkeit - Weiter so?*



Aktiv gegen Bundeswehr-Propaganda: z.B. an Schulen und Arbeitsämtern

Die Schulen und alle Orte, an denen Jugendliche berufliche Orientierung suchen, sind ein herausragendes Ziel für Einflussnahme und Rekrutierungsarbeit der Bundeswehr. Inzwischen haben sich viele Initiativen gebildet, die dem entgegenwirken. Zum einen werden Unterrichtsmaterialien erstellt, die zur Gegenaufklärung eingesetzt werden können. Zum anderen gibt es bereits Proteste und Aktionen gegen Propaganda-Auftritte der Armee in Schulen, in Arbeitsämtern, auf öffentlichen Plätzen.

In Köln wurde ein Aufruf »Schule ohne Bundeswehr - Die Schule der Nation ist die Schule« von vielen Prominenten und Pädagog_innen unterzeichnet und veröffentlicht. (www.jungegew.de/schule-ohne-bundeswehr). Der Bundeswehrpropaganda sollten »Lösungsansätze einer zivilen Friedenspolitik« entgegengesetzt werden. Und Erstrangig seien die den Krisen und Konflikten zugrunde liegenden »globalen Verteilungs- und Armutsprobleme zu lösen«.

Über konkrete gelaufene und geplante Aktionen berichten und informieren die Internetseiten von »Bundeswehr wegtreten!« (www.bundeswehr-wegtreten.org) und die »inititative kehrt marsch« (www.kehrt-marsch.de). Auf diesen Seiten finden sich vor allem auch Termine von kommenden Bundeswehr-Werbeauftritten in Schulen, bei Messen, des KarriereTreff-Trucks sowie von öffentlichen Auftritten wie Gelöbnissen, Zapfenstreichen, Waffenschauen usw. Aktionsgruppen können die Termine für ihre Stadt so rechtzeitig in Erfahrung bringen und sich auf gewaltfreie Aktionen und Gegenaufklärung für Jugendliche und Bevölkerung vorbereiten. Eine sehr hilfreiche neue Internet-Seite hat die »Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung« aus Berlin erstellt: www.bundeswehr-monitoring.de. Hier kann man sich über viele Aspekte und Bereiche der Bundeswehr sowie sicherheitspolitische Ereignisse und Hintergrunddokumenten kritisch informieren. Orientierend kann man sich über www.friedenskooperative.de (Bündnis von rund 50 Friedensinitiativen) zurechtfinden. ✖

ADRESSEN UND HINWEISE ZUM WEITERLESEN UND HANDELN:

- *Komitee für Grundrechte und Demokratie; www.grundrechtekomitee.de: u.A. Bürger_innen-Informationen zur NATO und zur Soldaten-Verweigerung (Urteil Major Pfaff), Infoblatt für Schüler_innen; DVD zur Kriegsdienstverweigerung international*
- *Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn / www.friedenskooperative.de: Zeitschrift FriedensForum 1/2008: Militarisierung der Inneren Sicherheit; 1/2009: No to NATO, No to WAR; 6/2009: Afghanistan: Die Kriegsdebatte; Dossier-Reihe zur zivilen Konfliktbearbeitung, u.A. zu Afghanistan*
- *Pädagog_innen für den Frieden, Bernhard Nolz, Kölner Str. 11, 57072 Siegen, www.friedenskultur.de*
- *IMI / Informationsstelle Militarisierung, Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen / www.imi-online.de: Aktuelle Ausgaben »Ausdruck«; Michael Schulze von Glaßer, Die Bundeswehr im Kampf an der Heimatfront. IMI-Studie 1/2009)*
- *Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegdienstverweigerer (www.zentralstelle-kdv.de)*
- *Connection e.V. (int. Arbeit für KDV und Deserteure): www.connection-ev.de*
- *Initiative »bundeswehr wegtreten«: Aktionsplanungen gegen Rekrutierungen; www.bundeswehr-wegtreten.org*
- *Bundesweite Terminübersichten zu Bundeswehrwerbung: »initiative kehrt marsch«: www.kehrt-marsch.de*
- *Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung: www.bundeswehr-monitoring.de*

»Die Schule der Nation ist die Schule«

KÖLNER INITATIVE SCHULE OHNE BUNDESWEHR

Aus aktuellem Anlass scheint uns geboten, auf diesen Grundsatz in Willy Brandts erster Regierungserklärung zurückzukommen. Er setzt sich damit von der altbekannten Formel »Armee als Schule der Nation« entschieden ab und fordert die »Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der imstande ist, durch einen permanenten Lernprozess die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten.«

Wir erinnern daran, weil die Bundeswehr von Jahr zu Jahr breiter angelegte Reklamefeldzüge veranstaltet, um Jugendliche, meist Minderjährige, für das Soldatenhandwerk zu gewinnen. So sollen in diesem Jahr 40 Städte vom so genannten »Karriere- Treff« der Bundeswehr angesteuert werden. Damit ganze Klassen das mobile Werbe-Event besuchen, werden Schulen angeschrieben - 2008 mehr als 1.700 Mal, doppelt so viele wie 2007. Für 2009 sind 599 Einsätze bei Jugend-, Freizeit- und Bildungsmessen vorgesehen. Außerdem sind Arbeitsämter und Berufsberatung direkt an Schulen Ziel der Jugendoffiziere und so genannten Wehrdienstberater. Vielleicht gravierender als diese sichtbaren Auftritte sind Versuche, durch Einflussnahme auf den Unterricht frühzeitig motivierte Soldatinnen und Soldaten zu gewinnen. Dem dienen Lehrerfortbildungen, vorgefertigte Unterrichtseinheiten, Freizeitangebote mit Abenteuerflair oder auch Seminare mit dem Strategiespiel POL& IS. Dies alles soll die Jugendlichen in die Denkweise global agierender Militärpolitik einführen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat durch einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr diesen Werbefeldzügen in Richtung Schule Tür und Tor geöffnet.

Im Kern all dieser Anstrengungen stehen Inhalte, die in der Gesellschaft höchst umstritten und oftmals mehrheitlich nicht akzeptiert sind. Zum Beispiel lehnen über 60% der Bundesbürger und – bürgerinnen den Militäreinsatz in Afghanistan ab, bei der Entsendung der Tornado- Kampfflugzeuge waren es sogar 77 Prozent.

Da zum Krieg entschlossene Regierungen nicht davor zurückschrecken, die Zustimmung von Bevölkerung und Verbündeten mit erfundenen Behauptungen zu erreichen, ist ein Unterricht, der die SchülerInnen zum kritischen Hinterfragen, zum Verarbeiten vielseitiger Information befähigt, gerade in dieser Frage, welche Rolle das Militär in der Gesellschaft spielt und spielen soll, unverzichtbar.

Terrorismus und dessen Bekämpfung sind durchaus wichtige Unterrichtsthemen. Dabei müssen allerdings wirtschaftliche und politische Ursachen ebenso beleuchtet werden wie die verheerenden Auswirkungen sowohl des Terrorismus als auch dessen militärischer Bekämpfung für die Zivilbevölkerung. Aber auch für die Soldaten muss Untersucht werden, ob militärische Einsätze überhaupt geeignet sind, Terrorismus sowie die ihm u.a. zugrundeliegenden globalen Verteilungs- und Armutsprobleme zu lösen. Ihnen müssen Losungsansätze einer zivilen Friedenspolitik entgegengesetzt werden. Einsichten können die Schüler nur dann gewinnen, wenn die Interessenslage aller an den Konflikten Beteiligten offen gelegt wird. Dies gilt auch für die Strategiepapiere der Militärs.

Die Bedeutung von Dämonisierung anderer Völker und Religionen sowie die Produktion von Feindbildern müsste in diesem Zusammenhang tiefgehend im Unterricht erarbeitet werden. Erst wer über das ganze Problemfeld nachgedacht hat, wird als junger Erwachsener eine verantwortungsvolle Entscheidung treffen können.

Die potentiellen Soldatinnen und Soldaten, die sich einer zunehmend unsicheren sozialen Zukunft ausgesetzt sehen, werden mit Werbeversprechungen von guter Ausbildung, guter Bezahlung bei sicherem »Arbeitsplatz« umworben. Es geht dabei aber buchstäblich um Leben und Tod. Sie müssen bereit sein, auf Befehl Menschen zu töten, das ist ihr Beruf. Das Berufsrisiko ist, getötet zu werden.

Lehrerinnen und Lehrer sind aufgefordert, ihrer Verantwortung für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden, indem sie sie zu Menschen erziehen, die verantwortungsvolle und wohlinformierte Entscheidungen für ihre eigene Zukunft treffen können und nicht einer Werbekampagne zum Opfer fallen, die sie in ein tödliches Abenteuer leiten kann.

Dies wird Lehrerinnen und Lehrern besonders vor dem historischen Hintergrund abverlangt, dass Schule bei der Vorbereitung beider von Deutschland verschuldeter Weltkriege eine unrühmliche Rolle gespielt hat, indem die Bereitschaft propagiert wurde, für Kaiser oder Führer und Vaterland zu sterben. Die Erfahrungen beider Weltkriege verlangen es, sich mit friedenspolitischen Strategien und der Demagogie bei der Vorbereitung von Kriegen auseinander zu setzen.

Deshalb wehren wir uns gegen die zweckgeleitete Beeinflussung von Jugendlichen durch die Bundeswehr. Das Militär hat an Schulen, Arbeitsämtern, Bildungsmessen nichts zu suchen. Es darf keine Werbeanstrengungen, offen oder verdeckt, an den Schulen geben, keine Unterrichtseinheiten, die Schüler auf angebliche Sachzwänge orientieren, statt eine gründliche Problemanalyse zu erarbeiten, keine Freizeiten, die mit Abenteuergeist und Technikfaszination ein geschöntes Bild vom Leben als Soldat vorspiegeln. ✖

ZU BEZIEHEN UNTER:

- *www.jungegew.de/schule-ohne-bundeswehr.html*
- *Verbreitet von der »Kölner Initative Schule ohne Bundeswehr«, c/o Friedensbildungswerk Köln Obenmarspforten 7 11, 50677 Köln. ViSP Elvira Hogemann, c/o Obenmarspforten 7 11 50677 Koln*



Im Afghanistan-Einsatz für Uni und Militär

Wissenschaftler der Freien Universität Berlin forschten in Afghanistan für das Bundesverteidigungsministerium – Kritik am Bundeswehreinsatz dort interessierte sie dabei kaum

RALF HUTTER

Sie machen weiter. Ende August verkündete der an der Freien Universität Berlin (FU) ansässige Sonderforschungsbereich (SFB) 700 die zum 1. Juli rückwirkende Genehmigung eines neuen Teilprojekts durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). »Das Teilprojekt untersucht die Wirkung der Entwicklungs- und Militärintervention auf lokale Sicherheit, auf die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den externen Interventen und auf die Legitimation und Fähigkeiten des Staates in Nordost-Afghanistan.«

Der SFB 700 ist ein von der DFG gefördertes Konglomerat (neudeutsch: Cluster), an dem verschiedene Forschungsstellen, bzw. Professuren, beteiligt sind – die meisten davon von der FU. Er trägt den Titel »Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit – neue Formen des Regierens?« und erforscht und kategorisiert instabile Staaten auf dem ganzen Planeten. Forschungen wie die jetzt bewilligten waren im Wintersemester 2008/2009 Anlass zu heftiger Polemik an der FU.
Damals tauchten mehrere Kopien einer Studie auf, die die SFB-Mitarbeiter Jan Koehler (der auch das neueste Projekt durchführt) und Christoph Zürcher für das »Bundesministerium der Verteidigung« (BMVg) erstellt hatten. Es geht darin um die zivil-militärische Zusammenarbeit bei Infrastrukturprojekten. Die Studie trägt den Titel »Quick Impact Projects in Nordost-Afghanistan«, wurde im Dezember 2007 fertig gestellt und ist laut Auftragsschreiben des Ministeriums »nur für den Dienstgebrauch« bestimmt.

EIN UNTERNEHMENSMODELL ZUR VERMARKTUNG SOZIALWISSENSCHAFTLICHER FÄHIGKEITEN

Neben letzterem waren es zwei weitere Jahre, die etliche Studierende misstrauisch machten. Zum Einen die Leugnung der Existenz einer derartigen Studie durch Thomas Risse, Politikwissenschafts-Professor und Sprecher des SFB 700 (womit ihm eine hohe interne hierarchische Position unterstellt werden kann). Zum Anderen das Verschwinden eines öffentlichen Hinweises auf sie: Auftragsnehmer beim BMVg war das Unternehmen ARC gewesen, dessen Name für »Analysis, Research, Consulting« steht und das 2001 von Koehler und Zürcher (und anderen, die aber nicht mehr dabei sind) gegründet wurde. Auf dessen Homepage wurde das Projekt auch erwähnt – eigentlich. Zwei Tage nach dem Aktionstag waren nämlich, außer der Startseite, alle Informationen unter www.arc-berlin.com mit einem Passwort geschützt. Kurz darauf erschien bei Aufruf die Meldung, die ganze Seite sei wegen Wartungsarbeiten nicht verfügbar. Monate lang hieß es schlicht: »Zugriff nicht erlaubt«.
Ende April 2009 waren die Inhalte wieder zugänglich, zwischendurch auch mal wieder gesperrt, mittlerweile wird ein neues Team präsentiert. Hauptpersonen der Firmenpräsentation sind jedenfalls Koehler und Zürcher – das Unternehmen heißt auch genau genommen: »ARC GbR (Koehler&Zürcher)« –, die mit ihren z.T. langjährigen Auftragsarbeiten für z.B. Bundesministerien und die Weltbank Werbung für sich und das Unternehmen betreiben. Dieses Unternehmen dient



anscheinend nur der Abwicklung von Aufträgen für die Beiden, was alleine daran ersichtlich wird, dass die vielen aufgeführten abgeschlossenen Projekte nicht nur offensichtlich von wenigen Leuten stammen und in vielen Fällen von Einzelpersonen durchgeführt werden konnten, sondern auch bis ins Jahr 1995 zurückreichen. ARC wurde aber erst 2001 gegründet, wie mir Koehler selbst sagte! Diese Information findet sich freilich nicht im Internet-Auftritt. In einigen Fällen arbeite(te)n weitere Menschen an einem ARC-Projekt mit, die weniger universitäre Titel und Forschungserfahrung als Zürcher und Koehler haben, wie an den zu den verschiedenen Zeitpunkten online vorgestellten »Teams« ersichtlich wird.

Das Unternehmen ARC ist also nichts weiter als eine Fassade zur Vermarktung der u.a. sozialwissenschaftlichen Kenntnisse Koehlers und Zürchers. Wer sich zu seiner Berliner Adresse begibt, findet den Namen des Unternehmens auf dem gleichen Klingelschild wie den Zürchers. Auch ohne sich die im militärischen Kontext erstellten Arbeiten inhaltlich anzuschauen, wird offensichtlich, dass hier ein Fall vorliegt, wo ein unkritisches Verständnis von Sinn und Zweck der Sozialwissenschaften globaler Technokratie und Geschäftemacherei in die Hände spielt. So heißt es bei der Unternehmensvorstellung u.a.: »ARC is committed to bridging the gap between academic research and the needs of businessmen and practitioners in the field«, übersetzt: ARC widmet sich der Überbrückung der Lücke zwischen akademischer Forschung und den Bedürfnissen von Geschäftsleuten und Praktikern.

KOEHLERS FORSCHUNGEN IN AFGHANISTAN – PRAKTISCHE ÜBERSCHNEIDUNGEN

Zurück zur BMVg-Studie. An der solle überhaupt nichts verschwiegen werden, sagte Jan Koehler damals auf Anfrage. Das Verschwinden der Homepage sah er in »Wartungsarbeiten« begründet, und dass SFB-700-Sprecher Risse nichts von der Studie wusste, hielt er für durchaus möglich. Er sei schließlich in diesem Fall in seiner »Freizeit« in Afghanistan gewesen, er habe ja nur eine halbe Stelle am SFB. Auch der zwischenzeitlich in Ottawa (Kanada) lehrende Zürcher teilte per E-Mail mit: »Die Studie hat mit dem SFB 700 weder organisatorisch noch inhaltlich irgendetwas zu tun.« Sie geht allerdings teilweise in die Publikationstätigkeit dieser damals am SFB 700 angestellten Wissenschaftler ein.

KRITISCHE WISSENSCHAFTLICHE ERGEBNISSE BLEIBEN SO GUT WIE GEHEIM

Doch von formalen Fragen abgesehen: Neben dem Punkt, dass den Militärs durch die Auftragsstudie eine Menge Erkenntnisse zu der afghanischen Bevölkerung, den Möglichkeiten ihrer Befriedung etc. zugänglich gemacht werden, wäre an der Studie v.a. zu kritisieren, dass die (z.T. durchaus kritischen) Erkenntnisse zur Rolle der Bundeswehr und anderer deutscher Institutionen vor Ort nicht an die Öffentlichkeit kommen. Auf eine weitere Anfrage per E-Mail, ob er denn nicht für die Veröffentlichung der Studie sei, antwortete Zürcher Mitte November 2008, das sei er schon. Außerdem sei die Studie »bereits in einigen Ausschüssen des Bundestags vorgestellt« worden und er selbst habe die Ergebnisse »in zahlreichen Vorträgen und Fachgesprächen im In- und Ausland« besprochen. Laut Paul Schäfer, verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, wurde die Studie Ende April 2008 im Verteidigungsausschuss »kurz thematisiert«. Generell sei sie zur Informationsgewinnung hilfreich. So werde für ihn u.a. deutlich, »wie eng diese Art der Wiederaufbauhilfe an die militärische Präsenz gekoppelt wird, und wie die Bundeswehr von der Einbindung in die Vergabeprozesse profitiert.« In wissenschaftlicher Hinsicht fand er die Studie im Dezember 2008 nicht problematisch.
Geheim ist die Studie übrigens nicht wirklich. Laut Jan Koehler erhielten einzelne, fachlich interessierte Personen sie auf Anfrage beim BMVg. Dieses teilte dazu nach über dreiwöchiger ›Bearbeitungszeit‹ für die simple Anfrage kurz mit: »Die Studie wurde auf Anfrage allen Interessierten zur Verfügung gestellt.« Koehler selbst würde sie am liebsten ins Internet stellen, darf aber nicht. Zumindest das ist bereits erledigt – die Studie ist seit Ende November 2008 auf dem Internet-Portal Indymedia zu haben.[1]

EINFACH UNKRITISCHE WISSENSCHAFT

Beide, Koehler und Zürcher, offenbarten sich übrigens generell als Überzeugungstäter. Sie wollten der afghanischen Bevölkerung helfen, und zwar nicht ideologisch motiviert, sondern auch auf der Grundlage ihrer eigenen Empirie zu dieser Bevölkerung. Die sei eben mehrheitlich für das Engagement der ausländischen Mächte. Eine anderweitige Anmerkung in der Studie selbst sei nicht verallgemeinerbar, so Koehler. Er sei zwar der Ansicht, dass Staaten normalerweise aus

harten Interessen heraus handeln, und nicht aus Menschenfreundlichkeit, dass Deutschland die Bundeswehr in erster Linie zum Wohle der deutschen Wirtschaft nach Afghanistan geschickt habe, hielt er aber für eine lächerliche und ideologische These. Alleine schon, da es da kaum etwas zu holen gebe. Die Rolle der Bundeswehr sah er nicht kritisch, weil die nur im Rahmen eines Schutztruppen-Mandats aktiv sei. Die BMVg-Studie betrachtete er übrigens nicht als wissenschaftliches Werk, da sie eine Evaluation sei.

Wissenschaftlichen Ansprüchen genügen muss jedenfalls sein Ende November 2008 auf der Homepage des SFB 700 veröffentlichtes »Working Paper 17« (WP 17) mit dem Titel »Auf der Suche nach Sicherheit. Die internationale Intervention in Nordost-Afghanistan«. Inwieweit darin beispielsweise der im Text allgegenwärtige Begriff »Sicherheit« angemessen problematisiert wird, kann ich hier nicht diskutieren. Nur so viel: In diesen Text gehen ebenfalls etliche Datenquellen aus der Auftragsarbeit ein (vgl. etwa die Angaben darin auf S. 49). Genau das stritt Koehler aber am 15.1.2009 bei einer im Rahmen des SFB 700 organisierten Veranstaltung an der FU zur Vorstellung des WP 17 ab. Die BMVg-Studie sei nach der für den SFB 700 durchgeführten Haushaltsbefragung erarbeitet worden, die ja auch Grundlage für das WP 17 war. Dass dem nicht so ist, sich vielmehr im WP 17 selbst etliche Hinweise auf Überschneidungen finden, habe ich bereits in einem Artikel für ein studentisches Internetportal an der FU nachgewiesen.[2]

An jenem Abend offenbarten sich geradezu Abgründe, was wissenschaftliches Selbstverständnis und Reflexionsfähigkeit angeht. Koehler verweigerte trotz mehrfacher Nachfrage sowohl eine etwas umfassendere Interpretation der eigenen Ergebnisse (im Sinne einer ansatzweisen Beurteilung von Sinn und Zweck der bewaffneten Intervention), als auch eine Kritik am Missbrauch der selben. Die belegen nämlich nichts weiter, als dass die ersten Infrastrukturhilfen bei der Bevölkerung gut ankamen und dass es eine pragmatische Wertschätzung der neuen (Sicherheits-)Lage gab. Die andere, auch vor jenem Abend schon mehrfach vorgebrachte Ausflucht, er kommentiere erhobene Daten prinzipiell nicht, ist jedenfalls unglaubwürdig, da er genau das sowohl in der BMVg-Studie, als auch im WP 17 (dort sogar in Verbindung mit Überlegungen zu den Möglichkeiten des Aufbaus von den Intervenierenden genehmen staatlichen Institutionen) tut, wie ich in besagtem Text im Internet darlege.

Tiefpunkt der Textproduktion aus SFB-700-Kreisen ist aber sicherlich die BMVg-Studie, und zwar v.a. da sie nicht wirklich veröffentlicht wurde. Dabei ist ihr Inhalt auch für die nicht-fachliche Öffentlichkeit sehr interessant, da sie ein kritisches Licht auf die Tätigkeiten deutscher Institutionen in Afghanistan wirft, worauf ich hier aus Platzgründen aber nicht eingegangen bin.[3] An ihr ist erkennbar, was droht, wenn sich Politikwissenschaft der Kritik der Waffen nur oberflächlich oder gar nicht widmet und dabei vordringlich, direkt oder indirekt, der Politikberatung dienen soll, und nicht der zivilgesellschaftlich orientierten kritischen Reflexion des Beobachteten.

Der vorliegende Fall ist des Weiteren ein Beleg dafür, dass sich von unkritischer, also schlechter Wissenschaft allemal besser leben lässt, als von prinzipiell gesellschaftskritischer. Zwar war der SFB 700 2007 mit seinem Antrag auf ein im Rahmen der von Bund und Ländern aufgelegten »Exzellenzinitiative« finanziertes so genanntes »Exzellenzcluster« gescheitert – die erhofften Millionen kamen also nicht an die FU — ein Militärministerium wird aber immer genug Geld für Forschungsaufträge haben und kann somit der Querfinanzierung von Forschung dienen. Wie gesehen, konnten Zürcher und, mehr noch, Koehler bei der Auftragsarbeit erhobene Daten in anderen Veröffentlichungen ausschlachten. Das wird allgemein auch in Zukunft zusätzlich zu der Verdienstmöglichkeit ein Anreiz für derlei Kooperationen sein. Die Bundeswehr ist zur Legitimation und Erfüllung ihrer im Vergleich zu früher veränderten Aufgaben sowieso bemüht, in verschiedenste soziale Bereiche auszustrahlen und dauerhafte Verbindungen zu knüpfen. Jan Koehler referierte im Dezember 2008 bereits – wie übrigens auch der emeritierte Soziologie-Professor Erhard Stölting von der Uni Potsdam, der den dortigen Studiengang Military Studies mitgestaltet – bei der vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr veranstalteten Tagung »Identität, Selbstverständnis, Berufsbild – Implikationen der neuen Einsatzrealität für die Bundeswehr«. ✖

Eine erste Version dieses Textes erschien im Dezember 2009 in Forum Wissenschaft 4/2009

LITERATUR:

- 1 *http://de.indymedia.org/2008/11/231649.shtml (ganz unten; geprüft am 18.10.2009)*
- 2 *http://fachschaftsinitiativen.wordpress.com/2009/01/24/sfb-700-%E2%80%93-ein-tiefpunkt-ist-erreicht/ (geprüft am 18.10.2009)*
- 3 *http://materialien.org/war/embedded-stakeholders1.pdf und http://www.materialien.org/texte/hartmann/ (beide geprüft am 18.10.2009)*

Antirassismus in der Krise?

ZAG

Weshalb von einer Krise reden? Rassist_innen scheinen keine Probleme mit ihrer Mission zu haben. Antimuslimische Ressentiments haben gerade Konjunktur und machen Rassismus in der bürgerlichen Mitte hoffähig (s. ZAG 56). Antirassistische Positionen verlieren an Einfluss. Stattdessen wird Antirassismus durch staatliche Stellen verwaltet - Sie fordern Toleranz und »bunt statt braun«. Die Rede vom strukturellen und institutionellen Rassismus scheint angesichts des offiziösen Engagements obsolet zu sein. Die Verankerung des Begriffs Rassismus in öffentlichen Verlautbarungen zeugt von Problembewußtsein ihrer Autor_innen. Rassismus wird hierbei als schädlich für die Integration der »Fremden« als Arbeitskräfte verstanden und gefährlich für den sozialen Frieden gedacht. Während die antirassistische Szene vor sich hindümpelt, ihre Zugkraft verblasst, mobilisieren andere Themen wie der Abriss des Stuttgarter Hauptbahnhofs, Atompolitik und Datenschutz mehr Menschen. Rassismus geht als ein Punkt auf der Agenda unter. Das ist verständlich, weil es gerade kein Hoyerswerda, kein Lichtenhagen, Mölln, Solingen oder Guben gibt. Deshalb scheinen antirassistische Themen momentan schwerer politisierbar. Oder ist dies ein Kennzeichen einer Krise der Akteure des Antirassismus? Es findet ein Generationenwechsel statt, der auch einen Wechsel der Schwerpunkte umfasst. Statt der Kritik des strukturellen Rassismus tritt Identitätspolitik in den Mittelpunkt. Obwohl die neuen Schwerpunkte textlastig sind, ist der Kreis der antirassistischen Zeitschriften kleiner geworden und die ZAG ist eine der wenigen, die noch erscheinen. Oder ist es nur eine Krise des Mediums? Statt Papier wird nun der Bildschirm voll geschrieben?

Die Gründe für die Krise des Antirassismus sind zu suchen, in der Unschärfe des Begriffs Rassismus, der Akademisierung des Antirassismus, der Ausdifferenzierung des politischen Feldes, den Motivationen des Engagements sowie dem Zustand der antirassistischen Bewegung.

DER BEGRIFF DES RASSISMUS IST UNSCHARF!

Daher müssen wir seine Bedeutung und Verwendung selbst genauer fassen. Der Begriff des Rassismus ist mittlerweile in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen. Lange Zeit hatte man sich dagegen verwehrt, in Deutschland den Begriff Rassismus zu verwenden. Heute versteht man unter Rassismus vielfältige Formen der Diskriminierung und ein wesentliches Hindernis für Integration von »Fremden«. Die vielfältigen Formen der Diskriminierung sind aber nicht unbedingt rassistisch. Berechtigt ist der Begriff zu gebrauchen, wenn zugleich die Überschneidungen mit Sexismus, Homophobie oder sozialen Widersprüchen thematisiert werden (s. ZAG 52). Weniger berechtigt, wenn verschiedene Diskriminierungen als rassistisch gewertet werden, gleichwohl sie nichts mit einer Naturalisierung, Enthistorisierung und Verkehrung von Zuschreibungen zu tun haben. Da wird der Gebrauch derart unscharf, dass, da es kaum noch biologistische Rassist_innen gibt, die eine Rolle spielen, man auf den Begriff verzichten könnte, da er nichts Wesentliches mehr bezeichnet (Nachtmann, in Bahamas 58).

Zudem nutzt die pejorative Verwendung des Rassismusvorwurfs in politischen Auseinandersetzungen dessen Schlagkraft ab. Alles und nichts wird als rassistisch bezeichnet, ohne im Kampfgetümmel darauf zu achten was und wen es trifft. Ob zum Beispiel bei antimuslimischen Ressentiments von Rassismus gesprochen werden sollte, hängt davon ab, wie darüber von Rassist_innen gesprochen wird. Wenn eine natürliche oder schon immer bestehende Anlage für die Bildungsferne von Muslim_innen behauptet wird, dann kann man von Rassismus reden; wenn allerdings in den Vorstellungen von Politiker_innen Assimilation und Anpassung das Bildungsniveau von Muslim_innen anzuheben verspräche, dann ist das antimuslimische Ressentiment nicht mehr oder noch nicht eindeutig rassistisch. Ob nun hier die Religionszugehörigkeit den Begriff der Rasse ersetzt, bleibt zu prüfen.

ANTIRASSISMUS UNTERLIEGT INTELLEKTUELLEN MODEN!

Bei allen Versuchen Rassismus und antirassistische Praxis zu reflektieren, gilt es, die Praxis der Selbstemanzipation und -reflektion der Subjekte zu bewahren. Es geht nicht um Wissenschaft und Erkenntnisse an sich, sondern was sie für die Praxis bedeuten und wie sich die Aktivist_innen darin erkennen. Die akademische Beschäftigung mit Rassismus hat verschiedene Phasen durchlaufen, in denen jeweils andere theoretische Ansätze vorherrschend waren. Sie haben neue Fragen in die Auseinandersetzungen eingebracht bzw. formuliert und zugleich die Diskussion um die entsprechende Praxis des Antirassismus befeuert. Damit gehen Spaltungslinien zwischen verschiedenen Gruppen und ihren Schwerpunkten in der antirassistischen Arbeit einher. Sie kämpfen auf intellektuellem Terrain um Anerkennung, Mobilisierungspotential und Finanzierung. Problematisch wird es, wenn dieses intellektuelle Verständnis von Antirassismus seinen universitären und bürgerlichen Charme versprüht und die Selbstreflexion der Subjekte zur Seite drängt. Manche der akademischen Ausarbeitungen sind in ihrer Form unbrauchbar, weil sie ihren akademischen Duktus nicht ablegen können und gänzlich unverstanden bleiben. Erst eine mühsame Übersetzungsarbeit, ein Abstreifen ihres akademischen Mantels ermöglicht eine entsprechende Praxis.

Das Feld des Antirassismus löst sich auf in viele Spezialbereiche!

Der Kern des Antirassimus ist der Kampf gegen den rassistischen Mob, der auf viele verschiedene Arten geführt werden kann. Eine anscheinend genuin antirassistische Arbeit scheint die Unterstützung von Flüchtlingen zu sein. Diese wendet sich zugleich gegen entsprechende rassistische Strukturen des Staates und rassistischer Ideologien, gegen das europäische Grenzregime und gegen rassistische Übergriffe. Zugleich kommen Trainings einerseits für die Mehrheitsbevölkerung hinzu, die den blinden Fleck des Rassismus kenntlich machen sollen (ZAG 52). Solche Maßnahmen sollen Bewusstsein schaffen für die vielfältige rassistische Konnotation unseres Alltags. Andererseits sollen die rassistisch Diskriminierten gestärkt werden,

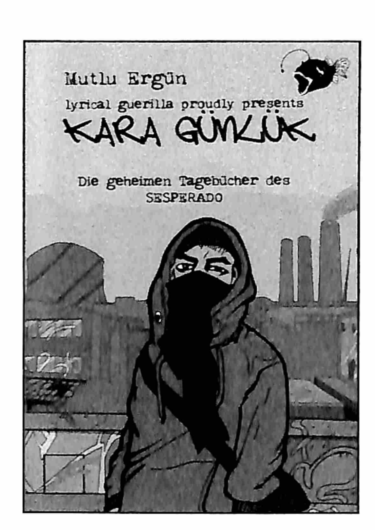


damit sie in dieser Gesellschaft ihre eigene Lage durch eigene Anstrengungen verbessern können und sich so gegen die rassistischen Zumutungen besser wehren können. Die damit einhergehende Ausdifferenzierung der antirassistischen Arbeit lenkt den Blick weg von den verbindenden Punkten hin auf einzelne Maßnahmen, die den jeweiligen Fachgebieten der Aktivist_innen entstammen.
Zudem existieren Überschneidungen des Feldes des Antirassismus mit antifaschistischer Arbeit, der Eine-Welt- oder Solidaritätsbwegung oder auch mit Fragen zur Organisation von prekär Beschäftigten und gegen Ausbeutung. In diesen Feldern ist Antirassismus dann ein Punkt unter anderen, der anscheinend nicht weiter diskutiert werden muss, da er einen allgemeinen Konsens kennzeichnet.

EMPÖRUNG ÜBER DIE ZUSTÄNDE ALLEINE REICHT NICHT AUS!

Es muss auch eine Vorstellung von einer anderen Gesellschaft mitgedacht werden, wenn man Rassismus bekämpft. Häufig wird Rassismus als Einbruch in die angenehme Normalität, als außeralltägliches Ereignis verstanden. Würde man die Auslöser beseitigen, psychische und Bildungsdefizite, Arbeitslosigkeit und Gewalt, so wäre die Gesellschaft ein wohliger Ort. So ist die Empörung über rassistische Übergriffe verständlich, die öffentliche Kenntnisnahme wünschenswert, die Unterstützung der Opfer sollte selbstverständlich sein. Doch die Skandalisierung verwischt die Spuren, die nicht nur zu den Tätern, nicht nur zu den individuellen Umständen von Opfern und Täter_innen führen, sondern auch zu gesellschaftlichen Ursachen. Und damit auf die Notwendigkeit, eine andere Gesellschaft zu schaffen.
Die Motive für antirassistisches Engagement sind ganz unterschiedlich. Und moralische Entrüstung ist ein wesentliches Motiv, stimmt aber nicht unbedingt mit wissenschaftlichen Wissensbeständen überein. »Der Rückgriff auf wissenschaftliche Definitionen des Rassismus und auf ›moralische Keulen‹ sind ein Bestandteil antirassistischer Strategien. Aber letztlich geht es darum, dass rassistische Herrschaft tatsächlich abgebaut werden kann.« (ZAG 55, S. 10)
Die antirassistische Bewegung steckt in einem Tief (vergleicht man sie mit den 90er Jahren). Bündnisse und Überschneidungen mit anderen Bewegungen helfen alleine nicht heraus, da der eigene Anspruch unklar bleibt. Stattdessen sind strategische Punkte der antirassistischen Arbeit zu benennen, die im Alltag umgesetzt werden können und eine langfristige Perspektive versprechen, eine konkrete Utopie. Die Frage in der Krise ist, wie es weiter gehen soll. Die antirassistische Bewegung sollte sich auf die Suche nach einer erneuerten Praxis machen, indem ihre Akteure die Auseinandersetzung führen, statt in ihren besonderen Feldern und Projekten immer weiter zu machen. In Zeiten der Krise ist Zeit für das Nachdenken über die eigene Position und die Analyse des Feldes. Eine Landkarte der Stärken und Schwächen zeigt Sackgassen und offene Wege. Dazu ist es notwendig, eine Auseinandersetzung innerhalb der antirassistischen Bewegung zu führen. ✖

REZENSION



Das geht raus an alle People of Color und alle reflektierten Kalkleisten!

Ein politischer Roman über Rassismus, Critical Whiteness und Kommunikationsguerilla zugleich

BAHAR MEYER & JAN WATZLIJK

Mutlu Ergüns im Mai 2010 erschienenes Buch »Kara Günlük - Die geheimen Tagebücher des Sesperado« besteht aus Tagebucheinträgen eines in Berlin lebenden »Deutschen mit Migrationshintergrund«. Dieser »Migrationshintergrund« steht im Vordergrund in allen kleinen Geschichten, die der Sesperado als Ich-Erzähler erzählt. Diese Geschichten sind zumeist Anekdoten aus dem täglichen Leben des Tagebuchschreibers und Lyrical Guerillero Sesperado aus der Uni, von der Straße, mit Verwandten und Freund_innen. Zunächst scheinen die Erzählungen recht unabhängig voneinander und beliebig angeordnet, doch ab der Mitte des Buches kristallisiert sich der rote Faden in Form einer Liebesgeschichte heraus, was die Leser_in daran erinnert, dass es ja ein Roman ist, den mensch gerade liest und nicht etwa eine Anekdotensammlung voller politischer Bildung.

Die in wohl mehr oder weniger naher Zukunft stattfindenden Erzählungen des im Wedding lebenden Lyrical Guerilleros Sesperado handeln von den letzten 100 Tage vor der R.O.C. (Revolution of Color). Die hat er festgehalten, um nachfolgenden Generationen damalige Realitäten nahe zu bringen. Realitäten, in denen P.O.C.s (People of Color) sich noch mit der Frage »Wo kommst du her?« rumplagen mussten und mit Flughafenkontrollen bis unter die oberste Hautschicht gescannt wurden und anderem rassistischen Alltagsmist konfrontiert wurden.

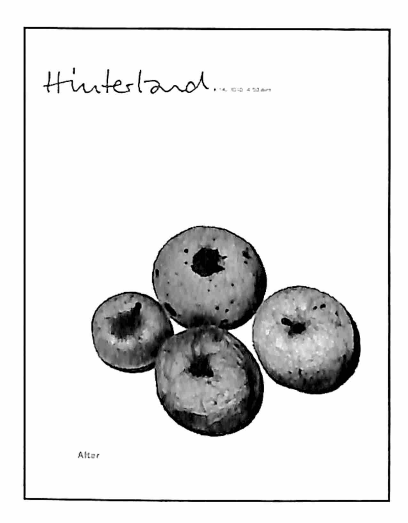
In klaren Sätzen, kurzen Kapiteln und mit eindeutiger Message ist Kara Günlük fresh und unakademisch. Was wunderbar ist, denn die Basics von Rassismustheorie, Critical Whiteness und postkolonialer Theorie werden inklusive Quellenverweisen gnadenlos verständlich vermittelt. Die Lyrical Guerrila um den Sesperado und seine Freund_innen und Verwandte rechnet wortgewandt, witzig und eben gnadenlos ehrlich mit jedem Alltagsrassismus, Vorurteil und jeder unreflektierten weißen Kalkleiste ab. So machen sie vor, wie man sich mit herrschenden Sichtweisen und Privilegierten anlegt - und gewinnt.

Dazu gibt's noch Handwerkszeug für Kommunikationsguerilla-Praxis, einen Türkisch-Crash-Kurs sowie praktische Handlungs- und Reflexionsanweisungen für nicht-P.O.C.s.

Auch eine Lovestory fehlt natürlich nicht, schließlich ist der Sesperado der Beste, Schönste und Coolste. Worin, bei aller Selbstironie, auch der einzige Wehrmutstropfen des Kara Günlük besteht. Nämlich, dass der Versuch, die männlich geprägte Perspektive des Tagebuchschreibers um eine Auseinandersetzung mit ebendieser zu erweitern, eindeutig zu zaghaft bleibt. Doch da sind ja zum Glück noch die feministisch-revolutionäres Anti-Mackertum praktizierenden Tanten des Sesperado, von denen er eine Menge lernen kann...

Gerade in Zeiten, in denen Hetze von Sarrazin, Wilders & Co. Gehör findet, ist dem Buch zu wünschen, dass es auch Wege in die Hände von Leser_innen findet, die sich bisher noch nicht mit radikaler Rassismuskritik befasst haben. Das Potential hat es in seiner unkomplizierten und unterhaltsamen Romanform sicherlich dazu. ✖

✖ **Mutlu Ergün: Kara Günlük - Die geheimen Tagebücher des Sesperado. Unrast Verlag, Münster, 2010. 164 Seiten. 13,00 Euro. ISBN: 978-3-89771-600-1**



Alter ist kein Verdienst

JANA KRTEK

2010 ist das Jahr der Altersfestsetzung und das Hinterland Magazin widmet diesem Thema ein ganzes Heft. Altersfestsetzung ist der Versuch, jungen Flüchtlingen ein Alter zuzuschreiben. Dies geschieht durch Inaugenscheinnahme oder scheinbar objektiv mittels medizinischer Diagnostik. Doch selbst bei letzterer ist unter günstigen Bedingungen eine Abweichung von mindestens zwei Jahren anzunehmen. Die Altersfestsetzung ist für Flüchtlinge in Deutschland entscheidend, da hierüber ihre Rechte im Asylverfahren, die Unterbringung in Lagern und Maßnahmen der Jugendhilfe abhängen. Nach Recherchen des Bundesverbandes UMF wurden 2009 dreitausend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in die Obhut von Jugendämtern genommen. Nachdem die UN-Kinderrechtskonvention von Deutschland verspätet angenommen wurde, muss diese noch in deutsches Recht einfließen und endlich dem Vorrang des Kindeswohls vor ausländerrechtlichen Maßnahmen Rechnung tragen.

✖ »Alter«. Hinterland, Magazin des Bayrischen Flüchtlingsrates. Nr. 14, 2010. Euro 4,50

ANZEIGEN

BACKLIST

2010 Nr.56 Islambilder **2009 Nr.55** rasse• kultur• macht **Nr.54** Osteuropas rechte Ränder **2008 Nr.53** Homophobie **Nr.52** Antidiskriminierung **2007 Nr.51** Grenzerfahrungen **Nr.50** Verschwörungen **2006 Nr.49** Nationale Befreiungsbewegungen **Nr.48** Die Türkei in Europa **2005 Nr.47** Produktionen des Westens, Gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ **Nr.46** Lechts und Rinks **2004 Nr.45** Migration von Frauen (•) **Nr.44** Migrationsmanagement (•) **2003 Nr.43** Antiziganismus (•) **Nr.42** 911 Turbo **2002 Nr.41** Monster AG **Nr.40** Blitzkultur **2001 Nr.39** Antisemitismus (•) **Nr.38** Abschiebeknäste **2000 Nr.36/37** Zimmer ohne Aussicht **Nr.35** Schengenland (•) **Nr.34** Islambilder **1999 Nr.33** Konzepte antirassistischer Arbeit **Nr.32** Die Bilder-Zag **Nr.31** Gesundheit als Privileg **Nr.30** Das Ende der Tabus **1998 Nr.29** Sport und Rassismus **Nr.28** Innere Sicherheit light - Alternative Sicherheitskonzepte **Nr.27** Antirassistische Jugendarbeit **Nr.26** MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997 Nr.25** Arbeit mit Illegalisierten - Wege aus der Illegalität **Nr.24** Globale Migrationskontrolle **Nr.23** Mobilität **Nr.22** City 2000 **1996 Nr.21** Balkan, Krieg und Flucht **Nr.20** Ökologie **Nr.19** Einwanderungspolitik **Nr.18** VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹ (•) **1995 Nr.17** Alltag-Kultur-Rassismus **Nr.16** Europa **Nr.15** Illegalisierung (•) **Nr.14** Deutscher Antirassismus?, Gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994 Nr.13** Polizei und Justiz **Nr.12** Rassismus und Soziale Frage **Nr.11** Innere Sicherheit **Nr.10** Rassismus und Bildung **1993 Nr.9** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (•) **Nr.8** Ausweisung und Abschiebungen (•) **Nr.7** Rassismus und Bildung (•) **Nr.6** Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne (•) **1992 Nr.5** Roma in der BRD / Rostock (•) **Nr.4** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda (•) **Nr.3** Wer schweigt, stimmt zu **Nr.2** Greift ein! - Schaut nicht weg **1991 Nr.1** Rassismus tötet

(•) = leider vergriffen

ABBILDUNGEN IM HEFT

- Die abgebildeten Kriegshandlungen entstanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit im ZAG-FotoStudio. Nach Beendigung der Fotoarbeiten wurden die Darsteller zu Pflugscharen um geschmolzen.
- Seite 5: Danke www.nici-shop.de ©

IMPRESSUM

Herausgeber: Antirassistische Initiative e.V.. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, E-Mail redaktion@zag-berlin.de, Telefon +49 (0) 30 7857281, Fax +49 (0) 30 6913005, **Internet**: www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, ZAG-Kontonummer 303 96 01, **Gestaltung:** :::rainGroup.de **Druck:** Fata Morgana, **Gewerbliche Anzeigen:** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2007, **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Brigitte Lötsch. Die **ZAG im Abonnement**: http://www.zag-berlin.de oder ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt**. **Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.